

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Post-Nr.: 3470.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Wüste, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 40 A.  
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.  
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zugung ist fern zu halten von:

- Lehrern nach Berlin, Bremerhaven (Seebed's Werft), Freiburg in Schlesien (Regulatorgehäuse-Fabrik F. Gilmwalb), Schweiz, Breslau (Wolner), Burg bei Magdeburg (Klamm & Co.), Großschöna (S. Paul);
- Lehrern, Drechslern u. Holzbearbeitungsmaschinisten nach München, Betschau (Akt.-Ges. A. Lehning), Tübingen (Möbelfabrik G. Schmid), Suisun (Kohn & Co.);
- Lehrern, Stahlbauern und Polirern nach Billau (Krebs);
- Drechslern nach Schmolln, Grimmitzschau (Kohland & Pohlend), Uslar (Hise & Co.), Werbiers (Pagnouille); Posen (Wendig & Söhne);
- Parteiobenerlegern nach Hamburg (Gebr. Mertz, Grimm 82);
- Stellmachern nach Jauer (Wagenfabrik Lange);
- Bürstenmachern nach Magdeburg (Koch Nachf., Nagel), Heibelberg (Gallus Mahler);
- Pianosfortettischlern nach Zeitz (Morenz);
- Rochmachern nach Wiberach (Firma Wisshak & Handtmann), Gröpelingen (Wegener).

### Unsere Taktik in der Krisis.

Das sich das gesammte Erwerbsleben in einem Niedergang befindet, darüber täuscht sich heute Niemand mehr, auch wenn sich die Folgen der Krisis noch nicht überall in ihrer erschreckenden Wirklichkeit zeigen. In der Textil-, in der Metall- und Maschinenindustrie, im Baugewerbe und in der Holzindustrie und in vielen anderen Berufszweigen deuten Arbeiterentlassungen und Produktionseinschränkungen auf eine eingetretene Geschäftsklaue hin. Das ist aber nicht das alleinige Merkmal des eingetretenen wirtschaftlichen Niederganges. Wenden wir um uns in den Berufen der Holzindustrie, so werden wir an allen Ecken gewahr werden, daß nicht eigentlich von einer Verkürzung der Arbeitszeit die Rede ist, wie eine solche als notwendige Folge einer Produktionseinschränkung eintreten müßte, sondern daß gerade von den Arbeitgebern eine Verlängerung derselben angestrebt wird und theilweise sogar durchgeführt ist. Wir bemerken weiter, daß die Lohnarbeit der Akkordarbeit Platz machen muß, und daß, wo solche üblich war, die Preise ganz bedeutend reduziert werden, daß Arbeitsordnungen und sogenannte Kontrollbücher zur Einführung gelangen, daß Arbeitgeberverbände gegründet und gesetzliche Bestimmungen mittelst Sonderverträgen umgangen oder direkt außer Kraft gesetzt werden, und daß noch manches Andere geschieht, an das man bisher garnicht gedacht hat. Das Alles auf Konto der wirtschaftlichen Krisis zu setzen, kann uns nicht einfallen, daß sie aber die Durchführung von Maßnahmen und Repressalien, wie solche vorhin angeführt sind, begünstigt, unterliegt keinem Zweifel. Die Wirkung würde aber ganz bedeutend abgeschwächt und manche Maßnahme verhindert werden können, wenn die am meisten in Mitleidenschaft gezogene Arbeiterschaft der Krisis und ihren nachtheiligen Folgen gerüstet und vorbereitet gegenüber stände.

schaften sozialdemokratisch oder neutral sein sollen, macht sich bemerkbar. Das Hin und Her in Fachzeitschriften und anderen Zeitschriften macht die Mitglieder stutzig und uneinig mit sich selbst und ihrer Organisation, und sie bleiben schließlich derselben fern.

Daß ein solcher Zustand den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur schaden kann, geht aus der hellen Freude der Unternehmer und deren vielgestaltigen Helfershelfern hervor. Nichts ist denen angenehmer, als die Uneinigkeit und ein untereinander fortbauender Streit ihrer Ausbeutungsobjekte, und deshalb auch die theilweise bewundernswürdige Dreistigkeit, mit der die Arbeitgeber ihre „Wünsche“ den Arbeitern unterbreiten.

Ganz besonders macht sich diese Dreistigkeit in unserem Verbands bemerkbar. Lohnabzüge von 30 bis 50 pSt., Fabrikanschläge, daß die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert, Lohnaufschlag aber nicht dafür gezahlt wird, sind nichts Seltenes; Arbeitsordnungen, die ganz bedeutende Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses bedeuten, werden den Arbeitern mit der gleichmüthigsten Miene von der Welt aufoktroirt, das System der schwarzen Listen in aller Oeffentlichkeit organisiert und erklärt, daß dies eine interne Angelegenheit der Unternehmer sei, durch die den Arbeitern belleibe kein einziges Haar gekrümmt werden solle.

Warum geschieht dies Alles? Weil erstens die Geschäftskonjunktur eine solche ist, daß die Unternehmer nicht fürchten brauchen, sie würden nicht genügend Arbeitskräfte bekommen, wenn sie ihre Maßnahmen durchführen, und zum Anderen, weil ihnen sehr gut bekannt ist, daß die Gewerkschaften in einer geschäftsklaue, arbeitslosen Zeit nicht gern zum Kampfmittel Streik greifen, weil sie in der Regel den Kürzeren ziehen, und weil die Unternehmer drittens wissen, daß gar Viele in und außerhalb der Organisation sich befinden, denen das Solidaritätsgefühl fremd ist, und die sofort die etwa leer gewordenen Plätze ihrer oppositionellen Mitarbeiter einnehmen würden. Mit alledem soll nun nicht gesagt sein, daß unsere Kollegen sich Alles gefallen lassen müssen, ohne Opposition zu machen; daß sie Alles über sich ergehen lassen müssen, ohne auch nur eine Hand zur Abwehr zu rühren; aber etwas mehr Vorsicht und etwas mehr Ruhe als bei flotten Geschäftsgänge ist doch unbedingt am Platze. Was würde es auch nützen, wenn der Verbandsvorstand zu jeder Abwehr, die die Kollegen eines Ortes oder einer Werkstat für nöthig halten, Ja und Amen sagen wollte? Garnichts. Wie sich in einer ganzen Reihe von Fällen im Laufe dieses Winters zeigte, kommen wir viel weiter, wenn auf gültlichem Wege das größere Uebel abgewendet wird. Die Vorwürfe, die zum Theil gegen den Vorstand wegen seiner negirenden Haltung erhoben wurden, sind nicht berechtigt. Man denke nur an die Möglichkeit, daß jede den Kollegen ungunstige Maßnahme eines Arbeitgebers mit einem Abwehrstreik beantwortet werden sollte! Das wäre thatsächlich ein gefundenes Fressen für die Unternehmer; sie würden sich in's Fäustchen lachen ob der Einsichtslosigkeit der Arbeiter, und gewiß, daß jeder Abwehrstreik mit einer Niederlage und einer Erleichterung der Streiklaste endete, würden sie garnichts Besseres thun können, als nur immer lustig darauf los provoziren, damit der Verband bei einer den Gesellen günstigeren Zeit vor leeren Kassen stände.

Daß der Vorstand den Stand der Dinge von diesem einzig richtigen Standpunkt beurtheilt, beweist, daß er rüth, nicht die Brandsadel des Streiks zu schwingen, sondern sich, wo und wann die Verhältnisse ohne bedeutende Schädigung der Kollegen dies gestatten, mit den Arbeitgebern zu einigen, und sei es auch nur auf eine Galgenfrist. Was würde z. B. in der Berliner „Kontrollbuch-Angelegenheit“ herausgebraten sein, wenn

Das ist aber leider nicht der Fall, wenigstens nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Die Zerspaltung der Kräfte in der arbeitenden Klasse ist Wasser auf die Mühle der Unternehmer. Diese haben gelernt aus ihrer eigenen früheren Zerrissenheit, denn sie organisierten sich; die Arbeiter hingegen stehen in ihrer großen Masse dem Organisationsstreben fern, isolirt und kraftlos dem gut organisierten Unternehmertum gegenüber. Jahre lang hat der unselige Streit über die Organisationsform gedauert und noch heute währt der Streit in einzelnen Berufen fort. Inzwischen bildeten sich in allen Theilen des Landes sogenannte christliche Gewerkschaften, die es auf eine Mitgliederzahl von gegen 100 000 gebracht haben. Sie kamen nicht von selbst, die katholische und evangelische Geistlichkeit waren die Förderer derselben, nicht, um die Arbeiter mit Hilfe der neu gegründeten Gewerkschaften wirtschaftlich besser zu stellen, sondern dem Unternehmertum einen Bligableiter gegen Streiks zu schaffen. Es steht fest, daß die geistlichen Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung viel mehr den Unternehmern als den Arbeitern dienlich sind.

Diese Neugründung von Gewerkschaften führte zu neuer Zerspaltung der Kräfte. Die Frage der Neutralisirung der Gewerkschaften absorbirte einen weiteren Theil der Kräfte innerhalb der alten Gewerkschaften, so daß thatsächlich die Schulung der Mitglieder in denselben, die Festigung der Grundzüge der modernen Arbeiterbewegung zu kurz kamen. Das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl und die Treue in der Organisation sind durch den nach unserer Meinung müßigen Streit in's Wanken gerathen, und ganz besonders scheint die Disziplin hier und dort abzubreiteln. Ein Schwanken und Fühlen, ob die alten Gewerk-

### Arbeitslosenzählung.

Schneller, als viele von unseren Kollegen es vermutheten, hat die Wirtschaftskrisis eingesezt.

Als erste und furchtbarste Folge derselben für den Arbeiter macht sich die Arbeitslosigkeit schon jetzt in erschreckendem Maße bemerkbar.

Auch die Holzindustrie hat unter diesem wirtschaftlichen Niedergang schwer zu leiden, wie Berichte aus den größeren Städten und Industriezentren beweisen. Auch in der Holzindustrie hat die Arbeitsgelegenheit immer mehr abgenommen, während die Arbeitslosigkeit überhand nimmt.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat es deshalb für seine Pflicht gehalten, am 15. Februar d. J. unter den sämtlichen Mitgliedern des Verbandes eine Arbeitslosenzählung zu veranstalten.

An dieser Zählung sollen sich sowohl die zur Zeit arbeitslosen, wie auch die nicht arbeitslosen Mitglieder des Verbandes betheiligen. (Siehe auch darüber die Bekanntmachung des Hauptvorstandes in dieser Nummer unserer Zeitung.)

Bei der großen Bedeutung dieser Statistik für die Beurtheilung des Wirtschaftslebens ist es Pflicht jedes Verbandskollegen, sich an der Zählung zu betheiligen, wie seine Mitkollegen zu einer Betheiligung aufzufordern und ihnen dieselbe zu ermöglichen.

Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes an dieser Stelle ausführlicher auf die Bedeutung der Arbeitslosenzählung eingehen.

anstatt des allerdings sehr wenig befriedigenden Einigungsbeschlusses gleich zum Abwehrstreik gegriffen worden wäre? Das Unternehmertum Berlins fühlt sich gegenwärtig als „das stärkere Element“. Das erklärte der Holzhändler und Fabrikant Bry ganz offen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts. An einer anderen Stelle (Nr. 40 des Innungsorgans) werden die Tischlermeister aufgefordert, zu rüsten und den Gesellen zu zeigen, daß sie (die Meister) es aushalten könnten. „Wollt Ihr“, so heißt es dort wörtlich, „den Frieden mit Euren Gesellen, den dauernden Frieden, so macht Euch so stark, daß sie es fürder nicht mehr wagen werden, Streit und Streik anzufangen.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Eine neue Zeit mit neuen Anforderungen und neuen Klassenpflichten pocht jetzt an Eure Thore. Soll es von Euch einst heißen: Ach, der große Moment fand ein kleines Geschlecht?“ Mit anderen Worten heißt die erste Aeußerung nichts weiter, als: „Wir müssen mit Hilfe unseres neuen Schutzverbandes den Gesellen, die uns gegenüber machtlos sind, einen solchen Frieden diktieren, daß sie nimmer daran denken, ihn zu stören.“ Das ist reichlich dick aufgetragen, jedoch ist nicht zu zweifeln, daß das Gesamtunternehmertum eine nicht zu unterschätzende Macht repräsentiert, mit der die Arbeiter rechnen müssen.

Ganz besonders trifft dies für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu. Sie können, da ihre Macht innerhalb ihres Verbandes immer nur bis zu einer gewissen Grenze geht und an dieser Grenze sich erschöpft, nicht in jedem Falle in die Offensive treten, sondern müssen aus Klugheit auch einmal einen Rückzug machen, ihre Kräfte schonen, das Pulver trocken halten für einen günstigeren Moment des Angriffs. Diese kluge Taktik muß jetzt in der Krise, in dem Moment, wo der Gegner stärker ist als wir, wenn geboten, immer beobachtet werden. Kann einmal ein günstiger Ausfall gemacht werden, gut, dann brauchen wir ihm nicht aus dem Wege zu gehen. Das Alles, d. h. der ganze Feldzugsplan in der Krise, bedarf der eingehendsten Berathung; mit ruhigem, sicheren Blick hat der Vorstand den Kampfplatz zu studiren und überall, wo die Position schwach ist, abzuweichen. Die Disziplin erfordert es in solchen Fällen, daß dem Führer unbedingt Folge geleistet wird. Er trägt die Verantwortung für die Führung des Verbandesheeres; ihm ist daher zu folgen, seine Anordnungen zu respektiren. Niemand weiß besser als der mit der Kampf- und Munitionsführung vertraute Vorstand, wann und wo mit aller Wucht eingegriffen und wo zum Rückmarsch geblasen werden muß. Also setzt Vertrauen in Euren Führer, **unbedingtes Vertrauen**, und murre nicht, wenn es nicht immer nach **Eurem** Kopfe geht.

Die Zeit ist wirklich ernst. An große Eroberungskämpfe ist nicht zu denken; es wird viel mehr die Thätigkeit innerhalb der Organisation während der Krise sich darauf beschränken müssen, den heutigen Bestzustand zu behaupten, die größten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren und, was die Hauptsache, keinen Moment vorübergehen zu lassen, um neue Mitglieder zu werben und die alten immer fester an die Organisation zu fesseln.

Die Unverschämtheit und die Dreistigkeit, mit der die Unternehmer uns unter die Fuchtel bringen wollen, bietet hinreichenden Stoff, um jedem einzelnen Mitgliede die Nothwendigkeit des treuen Zusammenhaltens begrifflich erscheinen zu lassen, wenn anders er seine wirtschaftliche Lage durch seine Isolirtheit nicht noch mehr verschlechtern will. Dasselbe wird auch den Fernstehenden einleuchten, sobald die organisirten Mitarbeiter ihnen in jeder Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen.

Wenn die Krise zum weiteren Ausbau und zur kühneren Kräftigung unserer Organisation ausgenützt wird, dann werden wir dieselbe nicht nur ohne Schaden überstehen, sondern gekräftigt und neu werden wir, wie der Phönix aus der Asche, aus derselben hervorgehen.

Darum unverzagt, ohne Furcht und Scheu den kommenden Dingen in's Auge geblickt. Mögen auch einzelne Mitglieder sich vom Wege verirren, weil sie gar zu arg von Noth und Elend — den Folgen der Arbeitslosigkeit, dieser Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise — heimgeführt wurden, die übergroße Mehrheit wird treu zur Fahne halten, das wissen wir. Stützen wir uns gegenseitig in der kommenden schweren Zeit und das Frohlocken in Unternehmerrreisen über **die erfochtenen Siege** wird verstummen wie die Nacht. Ein heil heranziehender Morgen wird das Ende der Krise anzündigen und dann, Kollegen, **ist es an Euch, mit Hinzeln heimzuzahlen!**

### Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Preußen im Jahre 1899.

dt. Wir haben bereits bei Besprechung der preussischen Fabrikinspektionsberichte für das Jahr 1899 (siehe Nr. 51 und 52 der „Holzarbeiter-Ztg.“) darauf hingewiesen, daß infolge der günstigen Geschäftskonjunktur eine rege Nachfrage nach Arbeitskräften herrschte, die zu einer stärkeren Heranziehung der Frauen und ausländischer Arbeitskräfte führte. Die Industrie und der Handel haben es sehr wohl verstanden, aus dieser Prosperität sich reiche Profite zu sichern; das beweisen die ungewöhnlichen Dividendenresultate der größeren Industrieunternehmen. Für das Unternehmertum waren diese Ernteergebnisse so ungewöhnlich ergiebige, daß ihre Scheuern sehr oft zur Vergung dieses Reichthums nicht ausreichten.

Anderß bei den Arbeitern. Diese befanden sich auch hier wieder, wie so oft, in der Stellung des armen Lazarus, der mit den Brotsamen fürstlich nehmen mußte, die von der Reichen Tische fielen. Um diese Brotsamen mußten die Arbeiter dann noch sehr häufig erst mit dem Unternehmertum einen hartnäckigen wirtschaftlichen Kampf ausfechten, um schließlich auch um die Erfolge dieser Kämpfe gebracht zu werden durch die Preistreiber, die von Brot- und Kohlenwucherern und den Hauspachas in den letzten Jahren in Szene gesetzt worden sind. Den Lohn erhöhungen ist eine bedeutende, in sehr vielen Fällen künstlich verursachte Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Wohnungsmiethe auf dem Fuße gefolgt und die Anziehung der Preise hat angehalten, obwohl auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile ein so großer Ueberfluß an Arbeitskräften eingetreten ist, daß unangenehme Einwirkungen auf die Lohnverhältnisse sich früh genug bemerkbar machen dürften. Was ist dann das ganze Ergebnis der Prosperitätsperiode: Dem Unternehmertum gelangt es halb, die Löhne auf das frühere tiefe Niveau, wenn nicht noch tiefer herabzubringen, während sie infolge ihrer Syndikate und sonstigen Unternehmerorganisationen, wie auch durch die sogenannte Schutzpolitik die auf eine hohe Lebenshaltung zugeschnittenen Lebensmittelpreise auf der günstigen Höhe halten können.

Hören wir, was die Aufsichtsbeamten zu diesem Kapitel sagen: „Die Löhne steigen seit einigen Jahren langsam aber stetig“, erklärt der Beamte für Ostpreußen, „dasselbe thun aber auch die Lebensmittelpreise und noch mehr die Wohnungsmiethe, so daß sich die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien wohl kaum gehoben haben wird.“

Der Aufsichtsbeamte für Berlin sagt: „Die anhaltend gute Lage in der Industrie, die noch immer nicht gedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach gelernten Arbeitern, hatte noch eine weitere Steigerung des Arbeitsverdienstes zur Folge. Indessen ist nach übereinstimmender Ueberzeugung der Gewerbeinspektoren die gleichzeitige Steigerung der Preise für Lebensmittel und Wohnungen derart gewesen, daß der Mehrerwerb dadurch meist ausgeglichen wurde, so daß eine bemerkenswerthe Hebung des Gesamtwohlstandes der Arbeiter nicht behauptet werden kann. Angenehm empfunden wird indessen die Stetigkeit des Verdienstes; Arbeitsgelegenheit war immer zu finden, Arbeitslose gab es kaum.“ Und der Beamte für Pommern schreibt: „Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sich die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer Familien in den letzten Jahren sehr gehoben hat, daß namentlich im Berichtsjahr die Löhne an verschiedenen Stellen bis um 10 pZt. gestiegen sind, so daß nach den Lohnlisten z. B. fleißige Former in 12 Arbeitstagen bis zu (I) M. 120 verdient haben, so ist doch dabei zu beachten, daß dem Steigen der Löhne auch eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel, Kleidung, Wohnung und namentlich für Brenn- und Leuchtmaterial gegenübersteht.“ Lohnsteigerungen werden ja im Uebrigen aus allen Bezirken festgestellt. In Merseburg sind die Löhne der Metallarbeiter um ca. 5 pZt., die der Maurer noch erheblich mehr gestiegen. Welcher Art übrigens dieser Mehrerwerb war, geht aus folgender Auslassung des dortigen Berichtes hervor: „Durch Ueberstunden und lohnende Akkordarbeit sind oft recht ansehnliche Löhne verdient worden.“ Auch von dem Merseburger Beamten wird erklärt, daß gegenüber den Lohnsteigerungen „auch die Lebensmittelpreise nicht gerade niedrig zu nennen“ sind.

Im Bezirk Hannover hat sich im Allgemeinen die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben, „besonders in der Zement-, Textil- und Maschinenindustrie, wo eine Lohnhöhung von 5 bis 10 pZt. zu verzeichnen ist“.

Im Bezirk Arnberg war die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung fortgesetzt gut, „der Verdienst ist gegen das Vorjahr durchgängig gestiegen, allerdings vielfach auch infolge von Ueberarbeit.“

Der Aufsichtsbeamte für Kassel weiß von „bescheidenen“ Lohn erhöhungen zu berichten, die sich in einzelnen Industriezweigen auf 5 bis 10 pZt. beliefen. „Der Mehrerwerb der Arbeiter wird aber durch die gleichzeitig steigenden Ausgaben für Lebensmittel, Kohlen und Miethe ausgeglichen, so daß die Lohnhöhung auf die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiter wenig Einfluß ausübte“, sagt der Beamte im Anschluß an die Angaben über Lohnverhältnisse.

Im Regierungsbezirk Wiesbaden sind die Löhne, „nach Angabe der Arbeitgeber, im Allgemeinen gestiegen, doch liegen bestimmte Angaben darüber nicht vor“.

Der Aufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Koblenz erklärt: „Die angestrenzte, zum Theil bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit reichende Beschäftigung der Industrie hatte fast durchgehends eine Lohnhöhung zur Folge, die vielfach bis 10 pZt. betrug.“ Nach den Angaben dieses Beamten hat sich „im Allgemeinen die Lebenshaltung der Arbeiter mit den steigenden Löhnen gehoben“. Interessant ist, „daß die Italiener meist besser gelohnt werden als die hiesigen Arbeiter, weil sie anspruchlos und enthaltamer sind und mehr leisten. In einem Sägewerk z. B. erhalten die Italiener M. 4, während die Einheimischen nur M. 2,75 bis M. 3 bekommen.“ Interessant ist diese Feststellung deshalb, weil sie die beste Illustration zu der so oft seitens des Unternehmertums angewandten Phrase von dem „Schutze der nationalen Arbeit“ liefert. Was die hier betonte Behauptung von der größeren Leistungsfähigkeit der italienischen gegenüber den deutschen Arbeitern anbetrifft, so stehen dieser Behauptung eine ganze Anzahl dem entgegenstehende anderer Aufsichtsbeamten gegenüber. Anders steht es mit der Anspruchslosigkeit und Enthaltamkeit der Italiener, doch vermögen wir nicht einzusehen, wieso diese Tugenden eine bevorzugtere Entlohnung italienischer vor deutschen Arbeitern rechtfertigen können.

Vom Regierungsbezirk Düsseldorf wird berichtet: „Alle Beamten wissen über Lohnaufbesserungen zu berichten. Die Erhöhungen betragen für Hüttenarbeiter (einschließlich der Meister, Lehrlinge usw.) gegen das Vorjahr im Mittel etwa 8,5 pZt., für Maschinenbauer und bessere Metallarbeiter 4 bis 10 pZt. und für die Textilarbeiter (infolge der Lohnbewegung) etwa 15 pZt. Die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung hat sich demgemäß ebenfalls verbessert; jedoch nicht in gleichem Maße, da der Gewinn an Arbeitsverdienst durch die Steigerung der Preise für fast alle Lebensbedürfnisse, insbesondere der Wohnungsmiethe, zum großen Theil wieder aufgehoben wird.“

Ähnliche Aeußerungen über die Lohnverhältnisse und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse im Jahre 1899 ließen sich noch mehrere anführen. Wir wollen uns auf die vorstehend beigebrachten Zeugnisse beschränken, in denen lebendig unsere eingangs betonte Ansicht, daß die Arbeiterklasse von der Prosperität nur wenig Vortheile gehabt hat, bestätigt wird. Wir setzen nur noch eine treffende Bemerkung des Aufsichtsbeamten für den Magdeburger Bezirk hierher, der sehr richtig sagt: „Eingelste Angaben über Lohnhöhung, die ja vielfach stattgefunden haben, beweisen noch recht wenig für die Vertheilung der Lage des Arbeiters; es müssen die Wohnungsverhältnisse, die Lebensmittelpreise usw. mit in Betracht gezogen werden. Bezüglich eines der wichtigsten Lebensmittel, des Fleisches, äußert sich ein größerer Fleischwaarenfabrikant des Bezirkes wie folgt: „Das frische Fleisch hat einen solchen Preis, daß es kein Volksmittel mehr sein kann. Dem hiesigen Fleischer bleibt deshalb nur der kleine Markt der Wohlhabenden für den Absatz frischen Fleisches, während der Bedarf der großen Masse vom Auslande, besonders von Amerika, gedeckt wird.“ Aus welcher Thatsache dann unsere Agrarier die Nugawendung ziehen, durch erhöhte Fleischpreise den Inlandmarkt für amerikanisches Fleisch zu sperren, um das Fleisch zu einem fast ausschließlich Konsumartikel der Wohlhabenden zu machen. Wir kennen ja die eigentlichen Absichten der Agrarier bei der ganzen Fleischschaugelampagne zur Genüge, um zu wissen, daß es sich dabei weniger um Maßnahmen veterinär-polizeilicher Art und zum Schutze der Gesundheit, als um einen Raubzug gegen das auf billigere Fleischkonserven angewiesene deutsche Proletariat handelt.“

Von den sonst noch zahlreich angeführten Beispielen über die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes sei nur noch eines angeführt, das so recht beweist, in wie karglichen Verhältnissen weite Arbeiterkreise leben. Die Enquete über die Frauenarbeit in Fabriken, auf die wir bereits anlässlich der allgemeinen Besprechung der preussischen Gewerbeaufsicht in Nr. 51 und 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“ Bezug genommen haben, hat der Gewerbeinspektor zum Anlaß genommen, sich über die Kosten eines Arbeiterhaushaltes näher zu unterrichten; er berechnet die Ernährung pro Woche in einem Haushalte von

Personen	pro Kopf	Personen	pro Kopf
2	M. 6,60	7	M. 2,18
3	„ 4,40	8	„ 2,05
4	„ 3,45	9	„ 2,—
5	„ 2,80	11	„ 1,80
6	„ 2,60		

Bei einer vierköpfigen Arbeiterfamilie stellt sich der Jahresverbrauch auf M. 624, dazu M. 82 Wohnungsmiethe, M. 80 Kleidung z., M. 50 Feuerung, im Ganzen also ca. M. 836, wozu ein Verdienst von M. 18,74 wöchentlich oder M. 2,79 täglich nöthig ist. In den Glashütten bringen es die Arbeiter aber auf höchstens M. 15; in den Ziegeleien auf M. 17; in der Weberei auf M. 18 bei meist größerer Kopfzahl der Familie. Selbstverständlich beziehen sich diese Angaben auf kleinstädtische Verhältnisse, denn in größeren Städten sind Wohnungen für M. 82 Jahresmiethe überhaupt nicht zu haben. Bei der obigen Berechnung ist zu bedenken, daß sie „nur für eine kleine Familie aufgestellt ist, während die meisten Familien größer sind, daß für außergewöhnliche Ausgaben, Krankheit usw. nichts in Ansatz gebracht ist und ein Streben nach besserer Lebenshaltung, als ein Betrag von M. 8 pro Kopf und Woche ihn ermöglicht, zu erklären ist.“

Damit wollen wir die Erörterung über die Wirtschaftslage des Arbeiterstandes verlassen und zum Schluß nur noch die in den Berichten gemachten Angaben über Arbeitszeitverhältnisse kurz würdigen. Die Angaben hierüber sind nur mangelhaft gemacht. Außer den gelegentlichen Hinweisen auf die Durchführung des § 137 der G.-D., der die Maximalarbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen auf elf Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage auf 10 Stunden festsetzt; des § 135 der G.-D., der die Arbeitszeit von Kindern unter 14 Jahren auf sechs Stunden, und die der jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren auf zehn Stunden pro Tag im Maximum festsetzt; oder der Durchführung der bundesrätlichen Verordnungen, die die Maximalarbeitszeit verschiedener Berufe fixieren, finden sich nur wenig, meist nur gelegentliche Angaben über die Arbeitszeit im Allgemeinen.

Nach den gemachten Angaben herrscht im Osten und in den Textilindustriedistrikten des Westens die elfstündige Arbeitszeit vor. Doch sind auch zahlreiche Angaben gemacht über ungewöhnlich längere Arbeitszeiten. So wird berichtet, daß in den Mühlenbetriebsen Ostpreußens die Arbeiter 18 und 14 Stunden lang täglich beschäftigt werden. „Einzelne Versuche, dem abzuhelfen, sind gescheitert, weil die Arbeiter, die im Stundenlohn arbeiten, eine Minderung ihres Einkommens befürchten.“ In 2 Meiereien wurde sogar eine täglich 18 stündige Arbeitszeit für Arbeiterinnen festgesetzt. Aus der Provinz Posen wird ebenfalls berichtet, daß die tägliche Arbeitszeit in den einschichtig betriebenen Holzschneide- und Mahlmühlen bis zu 14 Stunden beträgt. Der Aufsichtsbeamte von Münster berichtet über einen Fall, wo die Arbeitszeit in einem Geschäft der Kleider- und Wäschekonfektion von früh 7½ bis 10, 11 und 11½ Uhr Abends, einmal sogar bis Morgens 4 Uhr währte, während die Arbeitszeit im Anfang und Ende auf 7½ bzw. 8 Uhr festgesetzt war. In den Pregeliten des Regierungsbezirks Rassel bestehen nach wie vor für die Brenner die 24 stündigen Wechselshiften, und in einer Zuckerfabrik des Regierungsbezirks Wiesbaden halten die Arbeiter im „Zuckerhaus“ ausweislich der Lohnlisten täglich 18 Stunden gearbeitet, zwei Arbeiter in einer Woche sogar 118 bzw. 112 Stunden. Von besonders krassen Fällen von Kinderausbeutung führen wir nur einen aus dem Oberrhein an, wo zwei noch nicht 14 Jahre alte Knaben gleich den übrigen jugendlichen Arbeitern wöchentlich 60 Stunden beschäftigt wurden, obwohl nur 36 Stunden zulässig sind.

Nur in den größeren Städten und namentlich dort, wo den Arbeitern starke gewerkschaftliche Organisationen zur Verfügung stehen, sind in Bezug auf die Arbeitszeit geregeltere und menschlichere Verhältnisse eingetreten, wie es ja überhaupt stets das Bestreben der Gewerkschaften war, bei wirtschaftlichen Kämpfen in erster Linie das Hauptgewicht auf eine Verkürzung der Arbeitszeit zu legen. Von diesen Bestrebungen wird von fast allen Aufsichtsbezirken berichtet. Wir beziehen uns nur besonders auf die Äußerungen der Beamten von Potsdam, Erfurt, Münster, Minden, Wiesbaden u. A. Die Arbeiter werden dabei unterstützt von den praktischen Erfolgen, die sich auch für die Unternehmer aus der Arbeitszeitverkürzung ergeben. Auch in diesen Jahresberichten werden zu dem früher schon zahlreich angeführten Beispiele neue beigebracht, die beweisen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht notwendiger Weise einen entsprechenden Rückgang der Produktion zur Folge hat und durch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters sehr oft der eventuelle Produktionsausfall wieder weit gemacht wird. Dafür nur zwei Beispiele: In Berlin hat die Stahlseilfabrik von Heinze & Blankertz, die seit 1892 den Achtstundentag eingeführt hat, die Erfahrung gemacht, daß die Ausdehnung der Arbeitszeit keinen Vortheil bietet. Derselbe stellte im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß Versuche mit längerer Arbeitszeit zwecks Erledigung bringender Aufträge an, die aber nur anfangs eine Mehrarbeit erzielten. Im Verlaufe von 14 Tagen ging die Leistung wieder auf das früher erzielte Quantum zurück. Diese Erfahrungen sollten allen einsichtigen Unternehmern zu denken geben. In einer Fahrradfabrik im Bezirk Magdeburg, die wegen mangelnder Arbeit die Arbeitszeit von 9½ Stunden auf acht Stunden herabsetzte, erreichten die Arbeiter trotzdem bei gleichbleibenden Lohnsätzen den alten Verdienst. Der Beamte von Magdeburg berichtet auch über einen Fall, wo ein Chokoladenfabrikant zu Weihnachten 1899 deshalb nicht, wie früher, die Genehmigung für Ueberarbeit einholte, bezw. Ueberarbeit machen ließ, weil er die Wahrnehmung gemacht hatte, daß die Arbeiterinnen nach der Ueberarbeit am anderen Morgen so wenig erholt gewesen seien, daß sie ihr gewöhnliches Pensum nicht oder doch nur mangelhaft hatten leisten können.

Nun ist die Krise bereits hereingebrochen und der Arbeiterstand damit auf Jahre hinaus die Möglichkeit genommen, auf eine Besserung ihrer Wirtschaftslage hinzuwirken. Müssen wir doch sehr oft damit zufrieden sein, wenn es unseren Organisationen gelang, die seitens der Unternehmer gegen uns gerichteten Schläge parieren und zurückweisen zu können.

Kräftigen wir deshalb in der jetzigen Zeit unsere Organisation derart, daß wir in der Lage sind, beim Eintritt gesunderer wirtsh-

chaftlicher Verhältnisse weitere Fortschritte zu machen. Denn Arbeit ist noch genügend vorhanden für die Gewerkschaftsorganisationen, das beweisen auch die preußischen Fabrikinspektionsberichte.

**Kundschau.**

**Gegen die Beschränkung der Heimarbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, wie sie der im Reichstag eingebrachte Antrag Sehl, Dipe und Gen. verlangt, beabsichtigen die Inhaber von Konfektionsgeschäften und Wäschebetriebe, deren Betriebe am meisten von den diesbezüglichen Vorschlägen getroffen würden, eine Petition an den Reichstag zu richten. Sie berufen sich darauf, daß der Antrag nur den § 137a der letzten Gewerbeordnungsnovelle wieder aufnimmt, der seinerzeit vom Plenum des Reichstages in zweiter und dritter Lesung verworfen wurde. Schon wegen der Schwierigkeit der Kontrolle ist, nach der Meinung der Arbeitgeber in der Konfektion, eine Einschränkung der Heimarbeit undurchführbar. Mit der Ausarbeitung der Protesteingabe wird sich die Fünfzehnerkommission der Berliner Konfektionsgeschäfte beschäftigen.**

Da die Konfektionäre so in Sorge sind wegen der schwierigen Kontrolle, so schlagen wir ihnen vor, sich gegenseitig zu verpflichten, keine Heimarbeit mehr auszugeben und sich auf Einhaltung der Verpflichtung gegenseitig zu kontrollieren. Sie ersparen sich damit ihre Petition und machen sich um die Arbeiter der Branche sehr verdient.

**Gegen die Hungerzüge** sprach sich auch der in Berlin versammelte deutsche Handelstag, eine Körperschaft, die Handelskammern und hervorragende Industrielle und Finanzleute zu ihren Mitgliedern zählt, aus. Gegen die unten abgedruckte Resolution stimmten und sprachen bezeichnender Weise nur die Vertreter der rheinisch-westfälischen Scharfsacher, eine Thatsache, die allen Volkfreunden zu denken geben sollte. Bemerkenswerth ist die Rede des Herrn Direktors Pulvermacher-Rassel, welcher ausführte:

Die Erregung, welche im deutschen Volke Platz gegriffen hat, legt Zeugniß davon ab, daß es nicht so weiter gehen könne. Die unerhörten Angriffe gegen Handel und Industrie dürfe man nicht ruhig hinnehmen. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen einen energischen Ton annehmen, wenn wir etwas erreichen wollen. (Beifall.) Der Kampf um die Handelsverträge ist nichts weiter, als der Kampf um die Getreidezölle, von denen Alles abhängt. (Beifall.) Wir sind hier die Interessenvertretung von Handel und Industrie. Es erscheint mir unbegreiflich, wie die Vorredner uns Vorträge über den Schutz der Landwirtschaft halten konnten. Ich möchte sehen, wie sie behandelt werden würden, wenn sie im Grunde der Landwirtschaft für Handel und Industrie eintreten würden. (Beifall.) Er beantrage, in der Resolution klar auszusprechen: gegen jede Erhöhung von Lebensmittelpreisen. Wir stehen einer mächtigen, gefährlichen Gegnerkraft gegenüber. Aber wir haben einen Bundesgenossen: die arbeitende Bevölkerung (Beifall.) Wir wollen mit unseren Arbeitern in Frieden leben, wir wollen daher keine Zölle und keine Zuchthausvorlage. Die Lebensmittelpreise treiben den letzten Mann zur Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Anknüpfend an seine Erklärung vom 14. März 1898 spricht der Deutsche Handelstag seine Ueberzeugung aus, daß zur Erhaltung und Förderung des Volkswohlstandes, der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung des Deutschen Reiches, insbesondere auch zur lohnenden Beschäftigung seiner stark wachsenden Bevölkerung die Fürsorge für die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse durch Beibehaltung und weitere Anwendung der bisherigen Postill langfristiger Handelsverträge beibehalten werden muß.

Als wesentlicher Inhalt der Handelsverträge ist die Herabsetzung der Zollsätze und die Bewahrung der Meistbegünstigungsklausel zu betrachten. Auch Meistbegünstigungsverträge ohne Festsetzung von Zollsätzen sind von hohem Werth, wenn auch in einzelnen Fällen das Bedenken entstehen kann, daß der Besitz der Meistbegünstigung dem fremden Staat den Anlaß bietet, vom Abschluß eines für Deutschland günstigen Tarifvertrages abzusehen.

Die Einführung eines Doppeltarifs (Maximal- und Minimaltarifs) ist als schwere Gefährdung des Abschlusses günstiger Handelsverträge abzulehnen; ebenso sind die Vorschläge zu verwerfen, betr. die Einführung von Werthzöllen, Beseitigung des gemischten Systems der Verzollung nach Koh- und nach Reingewicht, Einführung einer gesonderten Verzollung der Umschließungen oder Abschaffung oder Verkümmerung irgend einer Form des Zolltreibens.

Ohne auf die Höhe einzelner deutscher Zollsätze näher einzugehen, hebt der Deutsche Handelstag gegenüber den Forderungen einer Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel die dagegen sprechenden schweren Bedenken hervor, die darauf beruhen, daß die weitesten, und namentlich die minder bemittelten Kreise der Bevölkerung durch eine Vertheuerung der Lebensmittel betroffen werden, daß hierdurch eine Schwächung der Kaufkraft für industrielle Erzeugnisse entsteht, daß eine durch jene Vertheuerung hervorgerufene Steigerung der Arbeitslöhne den Wettbewerb der deutschen mit der ausländischen Gewerbetätigkeit erschweren würde und daß für den Abschluß von Handelsverträgen auch Länder in Betracht kommen, die auf die Ausfuhr von Lebensmitteln angewiesen sind.

Schließlich spricht der Deutsche Handelstag die Erwartung aus, daß den zur Vertretung von Handel und Industrie berufenen Körperschaften Gelegenheit gegeben werde, sich rechtzeitig über den Entwurf eines neuen Zolltarifs zu äußern.

Diese Resolution wurde mit 147 gegen 144 Stimmen angenommen. Man sieht, daß auch unter den Industriellen genügend Leute sind, die nach dem Grundsatz handeln: Eine Hand wäscht die andere.

**Erweiterung der Gewerbeaufsicht in Preußen.** Eine Vermehrung der Zahl der gewerblichen Aufsichtsbeamten wird laut offiziöser Ankündigung im nächsten Staatshaushalt enthalten sein. Sie ist eine Folge der mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getretenen Ausführung des § 154 Abs. 8 der G.-D., wonach gewisse Arbeiterschutzbestimmungen der Fabriken auch auf die Arbeiter in Werkstätten mit Motorenbetrieb zur Anwendung gelangen.

**Von der Fabrikinspektion.** Um den persönlichen Verkehr mit den Arbeitern reger zu gestalten, haben die hessischen Fabrikinspektoren ein praktisches Verfahren eingeschlagen. Sie halten in einzelnen Gewerkschaften Vorträge über verschiedene Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Die Folgen zeigen sich auch bereits: Der Verkehr mit den Arbeitern ist viel lebhafter als früher geworden; einige Aufsichtsbeamte haben auch bereits zugestanden, daß ihnen aus dem Verkehr mit den Arbeitern manche werthvolle Aufklärung geworden ist. Kürzlich ist auch — und das ist besonders erfreulich — an die Vorsitzenden mehrerer Gewerkschaftskomitee das Ersuchen gestellt worden, an Sitzungen theilnehmen zu dürfen, in denen über die Verhältnisse in Fabriken verhandelt wird. Natürlich ist Alles bereitwillig zugesagt worden. So etwas kann allerdings nur in Hessen, Baden oder Württemberg passiren, event. auch noch in Bayern. In Preußen oder in Sachsen, den für die Gewerbeinspektion bedeutsamsten Ländern, halten sich die Aufsichtsbeamten von dem Verkehr mit den maßgeblichsten Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften, geflissentlich fern. Höchstens, daß sie sich dazu aufschwingen, in einem Kirch- oder Dunder'schen, katholischen oder evangelischen Arbeiterverein einen Vortrag zu halten oder sich mit diesen zu Revisionszwecken in Verbindung zu setzen. Die Gewerkschaften sind für diese Beamten nur eine quantitätsnegleghable, ein Kränklein „Mühsal nicht an“. Dafür läßt auch ihre Revisionsfähigkeit Vieles zu wünschen übrig und ihre Berichte sind ganz im Stumm'schen Geiste gehalten.

**Mit dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches,** nach welchem der Arbeitnehmer, welcher zwar ohne sein Verschulden, aber doch durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Dienstleistung verhindert wird, Anspruch auf die Vergütung hat, wenn die Verhinderung nur eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit gedauert hat, beschäftigt sich jetzt auch die Handels- und Gewerbekammer Blauen eingehend. In der Plenarsitzung wurde die Bestimmung als eine neue Belastung der Industrie hingestellt. Die Redner waren der Meinung, daß die Wirksamkeit des Paragraphen durch die Arbeitsordnung ausgeschlossen werden könne. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, welche Schritte thun soll, um — der bestehenden Rechtsunsicherheit abzuhelfen. Sie soll insbesondere der Industrie ein Schema empfehlen für diejenigen Fälle, in denen man die Kosten des § 616 auf sich nehmen wolle und für die übrigen, in welchen die Bestimmungen des Paragraphen ausgeschlossen werden sollen. Die Blauen'sche Handelskammer ist nicht die erste, die den Unternehmern Rathschläge giebt, wie zu Ungunsten der Arbeiter eine Bestimmung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches illusorisch gemacht werden kann, wie wir ja erst in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Ztg.“ nachgewiesen haben.

**Ueber die Invaliditätsversicherung für 1899** sind die Rechnungsergebnisse jetzt dem Reichstage mitgetheilt worden. Darnach haben die Ausgaben betragen M. 66 983 767. Das sind sieben Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Die Entschädigungsbeträge haben darunter betragen M. 49 099 114 gegen M. 42 605 969 im Vorjahre. Insbesondere sind gewachsen die Invalidenrenten von M. 19 407 400 auf M. 24 074 203. Aber auch die Beitragserstattungen in Fällen von Verheirathungen und in Todesfällen haben sich vermehrt. Die Kosten des Heilberfahrens betragen M. 3 714 496 gegen M. 2 460 142 im Vorjahre. Die wirklichen Einnahmen betragen M. 137 912 164. Das sind 11 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Der Vermögensbestand der Anstalten belief sich am Schluß des Jahres auf M. 701 583 530. Davon waren angelegt in Werthpapieren zum Ankaufspreis M. 672 505 gegen einen durchschnittlichen Zinsbetrag von 3,50 pZt. Der Erwerb der Grundstücke am Schluß des Jahres betrug M. 14 801 607.

**Die Landesversicherungsanstalt Berlin** der Alters- und Invalidenversicherung hat für das Rechnungsjahr 1901 an Beitrags einnahmen angelegt M. 7 000 000, an Zinsen M. 1 417 000. Diejen Haupteinnahmen stehen als Hauptausgaben gegenüber: Renten M. 3 000 000, Beitragserstattungen M. 445 000, Kosten für das Heilberfahren M. 1 588 550, Verwaltungskosten M. 437 800. In den Kosten für das Heilberfahren sind die Ausgaben für die inneren Einrichtungen der Heilstätten Beckö und Lichtenberg mit rund M. 600 000 eingeschlossen.

**Vom Schlachtfelde der Arbeit.** Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, die soeben erschienen sind, gestatten einen Ueberblick über das Schlachtfeld der Arbeit. Die Zahl der Opfer ist im Jahre 1899, auf das sich die Berechnungen erstrecken, gegen das Vorjahr beträchtlich angewachsen, was folgende Angaben zeigen: Die Zahl der Unfälle, für welche im Jahre 1899 zum ersten Male Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich auf 106 036 gegen 98 023 im Vorjahre, die Zahl ist also um mehr als acht Prozent gewachsen. Die Unfälle mit tödtlichem Ausgang haben sich vermehrt von 7984 auf 8124, die Unfälle mit der Folge der dauernd völligen Erwerbsunfähigkeit von 1139 auf 1236. Die Zahl der von den getödteten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten beträgt 6161 Wittwen, 10 622 Kinder und 289 Aeltdenten.

Die Anzahl sämmtlicher 1899 überhaupt zur Anmeldung gekommenen Unfälle, also einschließlich auch aller Unfälle, welche zur Entschädigung der Versicherungsanstalten keine Veranlassung gaben, betrug 443 313 gegen 407 522 im Vorjahre, mithin ist eine Steigerung von 85 791 zu verzeichnen. In diesen Zahlen kommt zum Theil zum Ausdruck, was der geschäftliche Aufschwung, der im Jahre 1899 ja seinen Höhepunkt erreichte, den Arbeitern gebracht hat. Die Hochfluth der geschäftlichen Konjunktur hat den Unternehmern Riesengewinne gesichert, für die Arbeiter hatte sie nur die Bedeutung, wie die heißere Schlacht für den Soldaten: Die Gefallenen und Verwundeten wurden zahlreicher.

Aus den sonstigen Ergebnissen sei Folgendes mitgetheilt: Die Berufsgenossenschaften umfassen 17 847 642 Personen in 5 144 347 Betrieben. Die Entschädigungsbeträge haben sich belaufen auf M. 70 790 112, das sind etwa 7 Millionen mehr als im Vorjahre. Die laufenden Verwaltungskosten betragen M. 8 321 312, die weiteren Ausgaben an Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen, an Schiedsgerichtskosten und Unfallverbüthungskosten betragen M. 4 568 678. Im Ganzen haben die thatsächlichen Ausgaben für 118 Berufs-

genossenschaftlichen betragen M. 83 399 460, denen an tatsächlichen Einnahmen M. 103 580 107, das sind zu 8 1/2 Millionen Mark mehr als im Vorjahr, gegenüberstehen. Es verblieben am Schluss des Rechnungsjahres Bestände von M. 20 602 411, der Gesamtbeitrag der Mitglieder betrug sich auf M. 188 156 790, das sind zu 2 Millionen Mark mehr als im Vorjahr.

Zunahme der Zahl der Innungen. Im Königreich Sachsen bestanden im Jahre 1888 1268, im Jahre 1898 1233, im Jahre 1899 1168 Innungen. Die Zahl der Mitglieder aller Innungen betrug im Jahre 1888 55 614, im Jahre 1898 58 865. Aufgeblüht hatten sich nach dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 bis zum 1. April 1899 (dem Schlußtermin, bis zu dem die bestehenden Innungen sich als freie Innungen den veränderten gesetzlichen Bestimmungen anzupassen oder in Zwangsinnungen umzubilden hatten) 60 sächsische Innungen.

Die Handwerkergesetzgebung hat, wie diese Zahlen zeigen, dem Handwerk nicht aufzuhelfen vermocht. Von dieser Thatsache werden sich freilich die Mittelstandsretter und Innungsschwärmer auch durch diese Ziffern nicht überzeugen lassen. Die Zwangsinnungen leben fast durchgängig nur ein erzwungenes Dasein.

Ueber die Arbeiter und die Krise schreibt Genosse Calwer in einem Rückblick auf das verfloffene Jahr in der 'Leipziger Volkszeitung': Es ist ein charakteristisches Merkmal der heutigen Wirtschaftsordnung, daß in Zeiten des Aufschwunges die Arbeiter die Letzten sind, die an den Erträgen theilnehmen, daß aber umgekehrt bei einer Krise die Arbeiterklasse am ehesten von deren verderblichen Folgen getroffen wird. Nur langsam und in bescheidenem Maße hat die Arbeiterklasse an dem Aufschwunge der Jahre 1895 bis 1899 theilgenommen. Im Durchschnitt sämtlicher gewerblicher Arbeiter hat nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften der Jahresverdienst eines Arbeiters in dem genannten Zeitraum eine Zunahme von etwa 11,46 Prozent betragen. Da aber die Kosten für die Lebenshaltung in der nämlichen Zeit von 9-10 pZt. bei gleich gebliebenen Ansprüchen gestiegen sind, so verringert sich die tatsächliche Besserstellung der Arbeiter während der Jahre des Aufschwunges um ein ganz Bedeutendes. Eine genaue Berechnung ergibt, daß unter Berücksichtigung der Geldwertveränderungen der wirkliche Jahresverdienst im Durchschnitt aller Arbeiter nur um etwa 4 1/2 pZt. zugenommen hat. In doppelt und dreifach erheblicher Weise hat dem gegenüber das Kapital die günstigen Jahre auszunutzen verstanden. Die Erträge der gewerblichen Unternehmungen, des Handels und namentlich der Banken haben einen Zuwachs erfahren, der verhältnismäßig mindestens dreimal so groß war, als der Antheil, den die Arbeiterklasse aus den Mehrerträgen der günstigen Konjunktur hatte.

Umgekehrt ist die Vertheilung der Erträge der Produktion, sobald die Konjunktur in's Weichen geräth. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage im Jahre 1900 für die deutsche Arbeiterklasse eine erhöhte Bedeutung. Es ist das Jahr, mit dem der Aufschwung, der im Jahre 1895 begonnen hat, abschließt und zugleich der Anfang einer voraussichtlich mehrere Jahre dauernden Krise. Schon jetzt zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt die Folgen des Umschwunges in einer die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft schwer drückenden Weise. Während die Unternehmer und Kapitalisten für das laufende Jahr noch hohe Gewinne vertheilen, erhebt sich im anderen Lager drohend das Haupt der Arbeitslosigkeit, greifen Lohnreduktionen und Betriebsstellenverluste um sich, die schon für das laufende Jahr bewirkt haben, daß die Arbeiterklasse ungünstiger gestellt war als 1899. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir am Beginn der Krise stehen, daß die bisherigen Ertragsvertheilungen des Arbeitsmarktes, der gegenwärtige Umfang der Arbeitslosigkeit gleichsam nur Vorboten des gewerblichen Niederganges bilden.

Arbeitslöhne und Unternehmergewinn. Wer den Hauptgewinn an der Preissteigerung der Kohlen hat, darüber giebt für Belgien die amtliche Statistik interessante Aufschlüsse. Sie stellt die Durchschnittspreise der Kohlen pro Jahr zusammen und stellt dann nach Hunderttheilen von Jahr zu Jahr den Antheil der Arbeitslöhne, der sonstigen Unkosten und des Unternehmergewinns einander gegenüber. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

Table with 10 columns for years 1892-1899 and 3 rows for 'Durchschnittliche Preise', 'Arbeitslöhne', and 'Unternehmergewinn'.

Wie man sieht, ist der Antheil der Unternehmer ständig höher geworden, so daß ihnen der Hauptvorteil von der Preissteigerung zu Gute gekommen ist.

In der deutschen amtlichen Statistik sucht man vergeblich nach solchen Feststellungen und Vergleichen; da ist es dem Tagespolitiker nur mit Hilfe kontrollierter Untersuchungen möglich, einige annähernd richtige Wahrheitsanschauungen in dieser Richtung zu ziehen. Die deutsche Sozialpolitik hat zu viel damit zu thun, den Arbeitern begreiflich zu machen, welche Wohlthaten ihnen fortwährend erwiesen werden und wie es ihnen immer besser und besser geht.

Man mag für Deutschland solche Statistik, so würde sich übrigens höchst wahrscheinlich ergeben, daß der Antheil des Arbeiters an Produktionserträgen noch hinter dem der belgischen Kohlenarbeiter zurückbleibt, der Profit und die Ausbeutung noch größer sind.

Deutscher Solzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der zahlreichste festzustellen, welchen Umfang die in Folge des wirtschaftlichen Niederganges eingetretene Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes bereits angenommen hat, hat der Vorstand der Beschluß gefaßt, eine Zählung der arbeitslosen Mitglieder zu veranstalten. Diese Zählung soll in sämtlichen Zahlstellen gleichzeitig am einem

Tage, nämlich am 15. Februar, stattfinden, sie wird jedoch im Laufe des Jahres wiederholt werden. Die Zahlstellen erhalten die entsprechende Anzahl Zählcheine nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl von uns geliefert und fordern wir die Verwaltungen schon heute auf, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß jedes Mitglied bis zum 15. Februar einen solchen Zählchein zugestellt erhält. Der Zählchein besteht aus zwei Hälften, deren erste von den Arbeitslosen auszufüllen ist, während die zweite Hälfte nur eine Frage an die in Arbeit befindlichen Mitglieder enthält.

In einer späteren Bekanntmachung werden wir die gestellten Fragen veröffentlichen und entsprechend erläutern, um sie allen Mitgliedern verständlich zu machen und eine richtige Beantwortung zu erzielen. Den Zahlstellenverwaltungen werden wir die nötigen Anweisungen in einem besonderen Zirkular zusammen mit den Zählcheinen zustellen.

Den Zahlstellen Freiburg i. B. und Kelzen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1901 einen Lokalbeitrag von 5 M pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Die Mitglieder in beiden Zahlstellen haben demzufolge vom 1. Januar d. J. ab einen Wochenbeitrag von insgesamt 30 M zu entrichten.

Nachdem nunmehr alle Mitglieder im Besitz des neuen Mitgliedsbuches sein werden, empfehlen wir denselben heute nochmals dringend, das alte Buch dauernd aufzubewahren, um namentlich bei späteren Ansprüchen auf Unterstützung, mit Hilfe des alten Buches leicht die Gesamtzahl der geleisteten Beiträge nachweisen zu können.

Anlässlich der im Januar vorzunehmenden Neuwahl der Lokalverwaltungen machen wir darauf aufmerksam, daß zur Anbringung etwaiger Adressen-Änderungen auf den Verbandsplakaten gummierte Zettel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden können.

An die Zahlstellenassistenten richten wir das Ersuchen, fortab bei Ausfertigung von Reiselegitimationen sich in jedem Falle auch durch Einsicht in das alte Mitgliedsbuch genau zu überzeugen, ob das Mitglied schon, wie vorgeschrieben, mindestens 52 Wochenbeiträge bezahlt hat.

Auf vielfache Anfragen theilen wir auch an dieser Stelle mit, daß von dem Almanach für 1901 noch ein kleiner Vorrath vorhanden ist. Es können also etwaige Nachbestellungen zur Zeit noch berücksichtigt werden, worauf wir besonders auch diejenigen Zahlstellen aufmerksam machen, welche mit ihren Bestellungen bisher noch ganz im Rückstand geblieben sind.

Stuttgart, den 19. Januar 1901.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände. 18. Gau. Vorort Bielefeld.

In der letzten Mitgliederversammlung der Zahlstelle Bielefeld wurde der Gauvorstand gewählt und zwar: A. Schneider, Weststr. 6, als Vorsitzender; G. Elomke, Kronenstr. 8, als Vertreter; S. Scheel, Siegfriedstr. 35, als erster Kassirer; Otto Baum, Mellerstr. 63, als zweiter Kassirer; S. Keller, Willemsstr. 37, als Schriftführer.

Alle Geldsendungen sind an Kollegen Scheel und alle Zuschriften an Kollegen Schneider zu richten. Mit kollegialem Gruß Der Gauvorstand. J. A.: Karl Schneider.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Cotta-Dresden. Am 12. Januar sollte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung stattfinden mit ganz wichtiger Tagesordnung, u. A.: Wahl von Delegirten zum Gau und Anträge zu demselben. Da hielten es neun, sage und schreibe neun Kollegen der Mühe werth, zur rechten Zeit zu erscheinen. Kollegen, soll das so fortgehen? Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 26. Januar, mit derselben Tagesordnung statt; da ersuchen wir die Mitglieder, zahlreicher zu erscheinen.

Fürstberg a. d. O. Sonntag, den 6. Januar, fand eine öffentliche Korbmacherversammlung statt. Dieselbe war von 160 Personen besucht. Kollege Emil Lehmann aus Mühlberg a. d. E. sprach über: 'Die Arbeiter der Korbindustrie im Kampfe um's Dasein, mit besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse'. Redner schilderte die überaus traurigen Zustände, unter denen die Korbmacher, die Armen der Armen, leben. Durch ein reiches Zahlenmaterial wurde bewiesen, wie schlecht die Verhältnisse der einzelnen Branchen sind. Da kann nur eine gute und kräftige Organisation Besserung schaffen. Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnte Kollege Lehmann die Anwesenden, fest zum Deutschen Solzarbeiterverbande zu halten und daß diejenigen, welche noch nicht organisiert seien, den Anschluß sofort bewirken. In der Diskussion, an welcher sich einige Kollegen beteiligten, wurde auf die Schäden, welche die Hausindustrie mit sich bringt, hingewiesen. In seinem Schlußwort meinte Kollege Lehmann, durch seinen Zusammenhalt in der Organisation und durch die kapitalistische Produktionsweise wird die Hausindustrie auch in unserem Beruf bald verschwinden. Einige Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verband. Nur so weiter, Kollegen, so wird auch für uns bald eine bessere Zeit herankommen.

Der dritte Gantag des 6. Gaues

fand am 27. und 28. Dezember 1900 im 'Gewerkschaftshaus' in Berlin statt. Anwesend waren 61 Delegirte aus 44 Zahlstellen, 5 Mitglieder des Gauvorstandes und Kollege Klotz als Vertreter des Hauptvorstandes. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Küstrin, Dreßkau, Habelberg und Treuenbriegen. Zur Erledigung der Tagesordnung waren zwei Tage in Aussicht genommen.

Zunächst gab Mathes den Kassenbericht. Die Einnahmen der Gaukasse betragen M. 2024,12, inklusive M. 57,67 Bestand vom vorigen Jahre, die Ausgaben M. 5062,95, so daß ein Kassenbestand von M. 461,17 vorhanden ist. Freiwillige Beiträge hatten nur wenige Zahlstellen geleistet. Ueber die Thätigkeit des Gauvorstandes gab Kollege Stusche ausführlichen Bericht. Reiserenten zu Versammlungen wurden 105 Mal geleistet, 20 Mal weniger als im Vorjahre. In vielen kleinen Orten sind keine Lokale für Versammlungen zu bekommen. Dort versuchte der Gauvorstand durch Ausschuchen der Kollegen und persönlichen Verkehr mit denselben die Vorbereitungen zu treffen, um später Zahlstellen und Mitgliedschaften gründen zu können. Da die Agitation in solchen Orten schwer ist, konnten auch nur mäßige Erfolge erzielt werden. Immerhin gelang es, 7 neue Zahlstellen in's Leben zu rufen und eine Anzahl Einzelmitglieder für den Verband zu gewinnen.

Der schriftliche Verkehr mit den Vorständen der Zahlstellen ist gegen das Vorjahr bedeutend umfangreicher geworden, was zum Theil durch die zahlreichen Lohnkämpfe hervorgerufen wurde. Briefe und Karten gingen 550 ein, Drucksachen und Pakete 35, Telegramme 10. Vom Gauvorstand wurden 612 Briefe und Karten und 140 Drucksachen und Pakete versandt, sowie 10 Telegramme aufgegeben. Die häufigen Berichte und Mittheilungen der Zahlstellen an den Gauvorstand trugen wesentlich zur Erleichterung der Agitation bei. Mehrere Zahlstellen sind nicht immer ihren Pflichten nachgekommen.

Kassenrevisionen und Recherchen führte der Gauvorstand 25 Mal aus.

Bei Lohnstreitigkeiten und Werkstattdifferenzen wurde der Gauvorstand 41 Mal in Anspruch genommen. In diesen Zahlen ist die Mitwirkung des Gauvorstandes an der Agitation und Bewegung in der Zahlstelle Berlin nicht mit einbezogen. Früher in den Berliner Vororten, die durch die Bewegung im Frühjahr mit in den Streik hineingezogen wurden, brachen in 9 Orten Lohnkämpfe aus. In Sommerfeld, Spremberg und Schwiebus konnte die Arbeitszeit von 66 auf 60 und 59 Stunden verkürzt werden. Wegen Lohnreduktion kam es in Bernau, Fürstwalde, Küstrin, Oranienburg, Potsdam, Landsberg und Weiskau zu Differenzen. In Senftenberg und Umgegend konnte das Kost- und Logiswesen abgeschafft werden, sonst konnte dort ein Erfolg nicht erzielt werden. Eine Bewegung der Drechsler in Trebbin mußte durch Vergleich beigelegt werden. In Landsberg ging der Streik verloren. Dort hatten die Tisch- und Drechsler-Gewerke vereinigt die Oberhand. Die in Aussicht genommene Bewegung in Kolbitz mußte zurückgestellt werden. Wie im vorigen Jahre Frankfurt, so wurde diesmal Weiskau mit in's neue Jahr hineingegenommen. Die Angelegenheit dürfte, allen Kollegen durch die Presse bekannt geworden sein. Der Streik wird sich voraussichtlich noch lange hinziehen. Die Frühjahrsbewegungen in den Berliner Vororten wurden gleichzeitig mit dem Berliner Streik durch Vergleich beigelegt. Nicht alle Wünsche der Kollegen konnten berücksichtigt werden. Oft kam der Gauvorstand in die unangenehme Lage, den Kollegen von ihrem Vorgehen abreden zu müssen. Sehr schwer wurde es manchmal dem Gauvorstand, die Kollegen verschiedener Orte, wo noch recht schlechte Arbeitsbedingungen herrschen, davon zu überzeugen, daß eine Lohnbewegung aus taktischen Gründen nicht stattfinden dürfte. In einer Reihe von Orten waren außerdem Werkstattdifferenzen und Lohnstreitigkeiten ausgebrochen, die von geringerer Bedeutung waren. In fast allen Fällen gelang es dem Gauvorstande, durch sofortiges Eingreifen die Konflikte beigelegen.

Daß der Gauvorstand noch ein recht großes Feld zu bearbeiten hat, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen. In den Zahlstellen des 6. Gaues waren:

Table with 6 columns: beschäftigt (männlich, weiblich, zusammen) and organisiert (männlich, weiblich, zusammen). Rows list various professions like Tischler, Bürstenmacher, Drechsler, Korbmacher, etc.

Der Gau umfaßt 43 Zahlstellen; Neugründungen wurden vorgenommen in Biesenthal, Dreßkau, Küstrin, Oberschönweide, Treuenbriegen, Neuzelle und Zielzig. Die Zahlstelle Werder wurde geschlossen, weil nur noch 3 Mitglieder vorhanden waren. Bei der Gründung derselben bestand die Mitgliedschaft hauptsächlich aus Zimmerern. Als die Zahl derselben sich immer mehr vergrößerte, traten sie aus und bilden jetzt eine Filiale des Verbandes der Zimmerer.

Dem Bericht folgte eine lange Diskussion, in der hauptsächlich über die Ursachen und den Verlauf der Lohnbewegungen, über den Stand der Organisation und über die Lohn- und Arbeitsbedingungen an den einzelnen Orten berichtet wurde. Von mehreren Delegirten wurde gegen den Vorstand der Vorwurf erhoben, daß er die kleinen Zahlstellen nicht genügend berücksichtige, und geplanten Lohnbewegungen, die nach Ansicht der Kollegen am Orte aussichtslos und notwendig waren, die Zustimmung versagt habe. Es müsse auf dem nächsten Verbandstage dahin gewirkt werden, daß dem Gauvorstand mehr Rechte eingeräumt und auch solche Angriffstreiks bewilligt werden, die nicht sechs Monate vordem angemeldet worden sind, wenn ein solches Vorgehen durch eine augenblicklich sehr gute Geschäftslage aussichtslos erscheint.

Kollege Klotz wies den Vorwurf zurück, daß die Großstädte bevorzugt werden. Aus der im Protokoll des Verbandstages befindlichen statistischen Angabe ist das Gegentheil zu ersehen. Die Entscheidung über Streiks dürfte man nicht den Gauvorständen überlassen, sondern sie müsse im Interesse der Gesamt-

Bewegung der Zentralverwaltung vorbehalten bleiben, weil nur diese die Verantwortung über die zweckmäßige Verwendung der Verbandsgelder trage. Nicht allein die starke Organisation und gute Konjunktur sind entscheidend, wenn über Streikgesuche beraten werde. Nicht planlos und ohne Rücksicht auf die Bewegungen anderer Orte dürfe den Streikgesuchen zugestimmt werden.

Kollege Stufche widerlegte in seinem Schlusswort die Einwände einzelner Redner gegen die Tätigkeit des Gauvorstandes und gibt noch über verschiedene Anfragen Auskunft.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Agitation“, hatte Kollege Kloss das Referat übernommen. Er fasste seine Aufgabe dahin auf, daß seine Ausführungen die Einleitung zum Punkt „Agitation“ sein sollen. Früher wurde die Agitation hauptsächlich von den größeren Orten betrieben. Die Mitglieder derselben haben zuerst die umliegenden Orte bearbeitet. Nebenher fand der Hauptvorstand Referenten aus, die Touren von 4 bis 6 Wochen unternahmen. Diese Agitation war theuer und nicht erfolgreich. Deshalb bildeten sich Agitationskomitès, die immer einen bestimmten Bezirk zu bearbeiten hatten. Diese Leute unterhielten mit den Orten ihres Bezirkes eine ständige Fühlung. Sie lernten die Verhältnisse in diesen Städten besser kennen und suchten auch in den Gegenden mit den Kollegen in Verbindung zu treten, wo noch keine Organisation bestand. Dadurch konnten diese Kommissionen viel wirksamer arbeiten, auch ließ sich die Zeit viel besser ausnützen, da sie jederzeit Sonnabends, Sonntags oder Montags eine Spitztour in ihrem Bezirk machen konnten. Sie waren jederzeit informiert, wenn die Abhaltung einer Versammlung den größten Erfolg versprach. In Göttingen wurden diese Komitès zu Einrichtungen des Verbandes gemacht und ihnen der Name Gauvorstände beigelegt. Die Zeit hat uns gelehrt, daß sie sich sehr gut bewährt haben. Bedeutend mehr Versammlungen konnten in den letzten zwei Jahren abgehalten werden, als in früheren Perioden. Um die Agitation erfolgreich betreiben zu können, wird es notwendig sein, die Referate sorgfältig auszuwählen. In der Arbeiterpresse finden wir täglich Anhaltspunkte, die wir herausgreifen können. Wirtschaftliche Fragen werden in erster Linie von den Referenten behandelt werden müssen. Technische Vorträge haben eine geringe Zugkraft; nur junge Kollegen, die sich ausbilden wollen, werden diese mit Interesse verfolgen. Wissenschaftliche Vorträge können zwar nicht unterschätzt werden, aber die Auswahl der Referenten muß von den Vorständen sorgfältig getroffen werden. Zweckmäßig ist es, nach einem Referat, das einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer gemacht hat, keine Diskussion eintreten zu lassen; auf keinen Fall aber dürfen interne oder gar persönliche Angelegenheiten besprochen werden, sonst werden wirkungsvolle Vorträge nur abgelehnt. Bei der Agitation muß auch die Zeit und die Situation in Betracht gezogen werden. Bei schlechter Konjunktur darf nicht zu anfeuernd gewirkt werden, damit die neu gewonnenen Kollegen nicht sofort in eine Lohnbewegung hineingeworfen werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß durch die Stärke der Organisation allein schon die Unternehmer veranlaßt werden, Lohnaufbesserungen vorzunehmen. Den Kollegen darf nicht der Glaube beigebracht werden, nur durch Streiks seien bessere Zustände zu schaffen. Die Mitglieder müssen erst geschult werden und ihre Opferwilligkeit zeigen. Viele Zahlstellen in unserem Verbands haben noch nie gestreikt, aber schon sehr viel errungen. Dort haben die Kollegen den Gedanken der Organisation richtig aufgefaßt. In der stillen Zeit werden sie Mitglieder, bauen die Organisation aus, beraten ihre Lohnverhältnisse und treffen ihre Vorbereitungen, um dann beim Beginne des wirtschaftlichen Aufschwunges gerüstet und schlagfertig zu sein. Arbeiten wir alle in dieser Weise, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben, ohne daß es der Organisation großer Opfer kostet. Neben der mündlichen soll die schriftliche Agitation nicht vernachlässigt werden. Auch statistische Erhebungen haben einen agitatorischen Wert. Kein Flugblatt wirkt so einschneidend, wie eine Statistik, weil gerade dadurch die Kollegen gezwungen werden, über ihre Lage nachzudenken und Auskunft zu geben. Im nächsten Jahre beabsichtigt der Vorstand, eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Korbmacher aufzustellen. Nutzen wir die stille Geschäftszeit zur Agitation und zur Aufklärung unserer Mitglieder aus, dann wird die Organisation erstarken und den Anforderungen gerecht werden, die an sie gestellt werden.

An den Vortrag schloß sich eine lebhaft sachliche Diskussion an.

**Salzfieder-Potsdam:** Wir haben in unserer Zahlstelle eine Lohnstatistik aufgestellt, die überraschende Resultate gezeitigt hat. Es gelang uns dadurch, die Kollegen aufzurütteln und das Interesse für die Organisation wachzurufen. Unsere Mitgliederzahl hat sich in diesem Jahre verdoppelt.

**Lehmann-Lübben:** Die Arbeiten des Gauvorstandes dürften von größerem Erfolge gekrönt sein, wenn immer die örtlichen Verhältnisse im Auge behalten werden. Die Tätigkeit des Gauvorstandes dürfe von den Zahlstellen nicht so aufgefaßt werden, als wenn derselbe allein die Agitation betreiben solle. Gerade die Kleinarbeit darf von den Mitgliedern nicht vernachlässigt werden. Hält der Gauvorstand eine Versammlung ab, dann müssen von der Zahlstelle alle Vorbereitungen getroffen werden, damit der Besuch ein recht starker wird und auch die indifferenten Kollegen zur Stelle sind. Sonst ist die Tätigkeit des Gauvorstandes vergebens.

**Hartung-Spandau:** Wir haben eine Werkstattagitationskommission, welche planmäßig überall Werkstattbesuche abhält zum Zwecke der Agitation. Um die Mitglieder im Verbands zu behalten, tragen unsere Zeitungsaussträger die „Holzarbeiter-Zeitung“ jedem Kollegen ins Haus und kassieren gleichzeitig die Beiträge ein. Es kommt dann selten vor, daß Mitglieder wegen fehlender Beiträge gestrichen werden.

**Meier-Adlershof:** Von den Unternehmern wird uns sehr viel Agitationsstoff geboten. Solche Gelegenheiten muß man ausnützen, öffentliche Versammlungen einberufen und dort den uns fern stehenden Kollegen vor Augen führen, wie die Rechte der Arbeiter von den Unternehmern mit Füßen getreten werden. Das Vorgehen der Berliner Tischlerinnung müsse ebenfalls fleißig ausgenutzt werden. Solche Maßnahmen sind gerade geeignet, den Kollegen die Augen zu öffnen.

**Zweiter Verhandlungstag.**

Die Diskussion über den Punkt „Agitation“ wird fortgesetzt.

**Hemming-Niddorf:** Am erfolgreichsten wird die Agitation durch das Vertrauensmännersystem betrieben. Wenn in jeder Werkstatt ein Vertrauensmann gewählt wird, und diese regelmäßig jeden Monat eine Versammlung abhalten, ist es der

Organisation möglich, einen Ueberblick über die Situation am Orte zu gewinnen. Die Kontrollkommission weiß dann genau, wo sie ihre Tätigkeit einzusetzen hat.

**Snudat-Weissensee:** Die Berliner Kollegen müssen mit den Vororten mehr Fühlung nehmen, um sich in tatsächlichen Fragen zu verständigen. Es ist notwendig, weil sehr viele Weissenseer Kollegen in Berlin arbeiten und die Meister der Berliner Unternehmerorganisation angehören.

**Paag-Friedrichshagen:** Mit den Mitteln, die der Verband besitzt, kann den Kapitalisten nicht mehr gegenüber getreten werden. Die Arbeiter sollen auch den Konsum organisieren und Genossenschaften bilden.

**Wetz-Berlin:** Der Erfolg hängt hauptsächlich davon ab, wie man die Agitation betreibt. Die einzelnen Branchen müssen besonders bearbeitet werden und sind die eigenartigen Verhältnisse in jedem Berufe sehr zu berücksichtigen. Die Zusammensetzung des Gauvorstandes muß eine andere sein, und ist vor allen Dingen ein Korbmacher hineinzuwählen.

**Güth-Berlin:** In den kleinen Orten mögen die Mitglieder darauf hinwirken, daß die Versammlungen besser besucht sind. Die Kollegen sollen in den Werkstätten mehr zum Besuch derselben angehalten werden. Persönliche Streitigkeiten sind sehr zu vermeiden. Bei der Wahl der Kassierer muß man sehr vorsichtig zu Werke gehen. Streikangelegenheiten sind nicht in öffentlichen Versammlungen zu beraten.

**Giesel-Fürstberg:** Ein großes Agitationsfeld haben die Korbmacher in der Hausindustrie. Die sogenannte Hausagitation muß mehr betrieben werden, dabei sind solche Flugblätter zu verwenden, die von Berufs Kollegen verfaßt worden sind.

**Nagel-Mathenow:** Wenn man den Verband stärken will, so ist in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Versammlungen gut besucht werden.

**Birkel-Berlin:** Erfolge können nur dann erzielt werden, wenn nur solche Leute agitatorisch tätig sind, die auch das nötige Geschick dazu besitzen. Auch nach der Seite hin sind die Kollegen aufzuklären, daß sie sich nicht mehr persönlich bekämpfen. Damit die Kollegen Interesse an der Bewegung gewinnen, sind öfter Werkstattbesuche abzuhalten. Die Agitation während der Frühstückspause ist zwecklos. Will man Werkstattagitation betreiben, so muß man sich so betragen, daß sich die Kollegen ein Beispiel daran nehmen können. Vorstandsmitglieder haben sich ganz besonders eines einwandfreien Verhaltens zu befleißigen. Gegen den Alkoholgenuß muß angekämpft werden. Wo das Schnapstrinken üblich ist, sind die Arbeiter nicht für die Organisation zu gewinnen, oder kehren ihr halb wieder den Rücken. Die Referenten sollen sich vor ihren Vorträgen über die örtlichen Verhältnisse informieren.

**Böcke-Berlin:** Gegen die Gewerkschaften müssen wir auch Stellung nehmen, weil diese liberal im Trüben fischen. Ebenso sind die Lokalorganisationen als Gegner zu betrachten, da sie die Einmütigkeit der Kollegen stören und dadurch den Unternehmern Dienste leisten.

**Edardt-Brandenburg:** Mit der Agitation bei Vergnügungen können wir nicht vorwärts kommen. Für die einzelnen Berufe sind Branchenversammlungen einzuberufen, das Interesse für die Organisation wird auf diese Weise am leichtesten bei den gleichgültigen Kollegen erweckt. Eine Werkstattkontrollkommission wird ebenfalls gute Dienste thun. Will man die neu gewonnenen Mitglieder festhalten, so sind Bezirkskassierer zu wählen, von welchen die Beiträge aus den Wohnungen abgeholt werden.

**Methner-Frankfurt:** Die Werkstattkontrollkommissionen sind in großen Städten angebracht, in kleinen Orten werden sich ihnen große Hindernisse in den Weg stellen. Kollegen, die wiederholt Werkstattbesuche kritisieren, werden bald von keinem Meister eingestellt und müssen den Ort verlassen. Dieses Schicksal würde auch die Kontrollkommission ereilen.

**Spielhagen-Berlin:** Die persönlichen Streitigkeiten unter den Agitatoren selbst und unter der Leitung sollen aufhören, weil sonst die Agitation erschwert wird.

Nach Beendigung der Diskussion erhält Kloss das Schlusswort. Die von verschiedenen Rednern empfohlene Einrichtung der Beitragskassierer und Zeitungsaussträger sollte schon längst überall durchgeführt sein. Durch die Abhaltung von Konferenzen, wie sie die Fürstberger Kollegen plant, werden nur viele Kosten verursacht; es ist aber nicht die Gewähr geboten, daß dadurch etwas erreicht wird. Nur dann soll man Konferenzen abhalten, wenn eine Grundlage vorhanden ist, auf der etwas aufgebaut werden kann. Die Agitation in der Werkstatt darf allerdings nicht vernachlässigt werden. Jedes einzelne Mitglied muß agitatorisch wirken. Die wirtschaftliche Krise muß jetzt von den Agitatoren sehr im Auge behalten werden, damit die Kollegen nicht leichtfertig in den Streik eintreten. Die flauere Zeit muß dazu benutzt werden, um die Mitglieder zu sammeln und aufzuklären.

Nachdem Kollege Kloss seine Schlusswort beendet hatte, wurde in die Diskussion über die vorliegenden Anträge eingetreten. Zu jedem Antrage dürfen zwei Redner dafür und zwei dagegen sprechen.

Zunächst gelangte ein Antrag von der Zahlstelle Brandenburg zur Annahme, wonach der Gauvorstand verpflichtet ist, die für den Goutag gestellten Anträge zu formulieren und jeder einzelnen Zahlstelle in zwei Exemplaren zur Diskussion zu überweisen.

Abgelehnt wird der Antrag Brandenburg, nach welchem der Gauvorstand bis zum nächsten Verbandstage eine rege Agitation für die Arbeitslosenunterstützung entfalten soll, ebenso ein Antrag Neu-Ruppin, alle Jahre eine Statistik über Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzustellen.

Dem Antrage der Zahlstelle Schwiebus, zu jeder Gaukonferenz soll ein Vertreter des Hauptvorstandes anwesend sein, wird zugestimmt unter der Bedingung, daß es dem Vorstand möglich ist, einen Vertreter zu senden.

Der Antrag des Kollegen Braun, den Vorstand zu verpflichten, mehr denn je die kleinen Orte zu berücksichtigen, überall Zahlstellen oder Mitgliedschaften zu gründen und aus Sparsamkeitsrücksichten Kollegen der umliegenden Zahlstellen mit der Agitation zu betrauen, findet nicht die Zustimmung des Goutages.

Die Zahlstellen Niddorf, Steglitz, Charlottenburg, Weissensee, Adlershof, St.-Lichterfelde und Rowaves hatten nach einer gemeinschaftlichen Vorberatung folgenden Antrag gestellt: „Der auf dem vorjährigen Goutage gefasste Beschluß, welcher lautet: „Die Mitglieder sind bei der Aufnahme sofort in die Zahlstellen ihres Wohnortes zu verweisen, erhält folgenden Zusatz: Der Beschluß muß von allen Zahlstellen streng durchgeführt werden.“

Birkel-Berlin ersucht, den Antrag abzulehnen und beantragt, den im vorigen Jahre gefassten Beschluß umzusetzen. Demgegenüber Niddorf und Weissensee-Charlottenburg begründen ihren Antrag damit, daß der Beschluß den Zahlstellen eine größere Kontrolle ermögliche, ob die in ihren Zahlstellen wohnenden Kollegen organisiert sind. Auch wird den Kollegen mehr Gelegenheit gegeben, die Versammlungen zu besuchen; dann sind aber auch in Berlin viel agitatorische Kräfte überflüssig, die in den Vororten oft gebraucht werden. Von den Berliner Delegierten wird eingewendet, daß in Berlin die Kontrolle durch das Vertrauensmännersystem z. B. viel besser ausgeübt werden könne, während die Kollegen in den Vororten kaum in der Lage sein dürften, die am Ort wohnenden Holzarbeiter ausfindig zu machen. Durch den Beschluß wird die innere Organisation in Berlin gestört. Durch enorme Steigerung der Mieten und auch aus anderen Gründen sind die Berliner Kollegen gezwungen, in den Vororten Wohnung zu nehmen. Dort können sie selten in Arbeit treten, sondern müssen nach wie vor in Berlin arbeiten. Sie sind bei Lohnbewegungen, Werkstattbesuchen darauf angewiesen, mit der Zeitung der Zahlstelle Berlin Fühlung zu nehmen. Sind aber die in den Berliner Werkstätten und Fabriken beschäftigten Kollegen in circa 15 oder noch mehr verschiedenen Zahlstellen organisiert, dann entsteht eine Zersplitterung, die nicht im Interesse des Verbandes liegen kann. Die Unternehmer gehören alle einer Organisation an, deshalb müsse man alle umständlichen Vereinspielereien bei Seite lassen. Durch den seit einem Jahre bestehenden Beschluß und die damit begründete Agitation einiger Vororte haben sich jetzt schon in vielen Werkstätten ganz unhaltbare Zustände gebildet. Am besten komme man darüber hinweg, wenn die mit Berlin zusammenhängenden Orte sich der Zahlstelle anschließen. Der Antrag wird dann abgelehnt und der auf dem vorjährigen Goutage gefasste Beschluß, dem Antrage Birkel gemäß, aufgehoben.

Ueber den Antrag: „Der Gauvorstand soll unabhängig von der Zahlstelle Berlin angefaßt werden, um seine Kräfte den kleinen Zahlstellen widmen zu können“, wird nach einer Erklärung der Berliner Delegierten zur Tagesordnung übergegangen.

Folgende Anträge werden dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen:

- 1. Das Vertrauensmännersystem ist in allen Orten streng durchzuführen.
- 2. In allen Orten, wo die Arbeitszeit eine längere als zehn Stunden ist, hat der Gauvorstand eine rege Agitation zur Bekämpfung derselben zu entfalten.
- 3. Der Gauvorstand wird verpflichtet, alljährlich eine Vortragsreise zu arrangieren, mit einem tüchtigen Redner, der über Geschichte, Kulturgeschichte, Literatur und Nationalökonomie sprechen kann. Diese Reise soll sich über sämtliche Zahlstellen des Gaues erstrecken, und ist so zu organisieren, daß 14 Tage vor Beginn dieser Reise für sämtliche Zahlstellen der Tag festgelegt ist.

Die Delegierten von Weissensee unterbreiteten den Antrag: „Bei größeren Streiks oder Aussperrungen, welche die Vororte Berlins in Mitleidenschaft ziehen, sind in den Vertrauensmännerversammlungen, in welchen zu diesen Ereignissen Stellung genommen wird, die Vertrauensleute der Vororte als stimmberechtigt zuzulassen“. Sie motivieren den Antrag damit, daß sie jedesmal in eine Lohnbewegung mit eintreten müssen, wenn die Berliner Kollegen eine solche beschließen, es sei ihnen aber nicht gestattet, in der Entscheidung über solche Schritte ihre Stimme mit in die Waagschale werfen zu dürfen. Die Kollegen in Weissensee arbeiten theilweise bei Berliner Unternehmern, und die Meister in Weissensee sind Mitglieder in den Berliner Unternehmerorganisationen. In jede Bewegung der Berliner Kollegen werden sie deshalb mit hineingezogen. Von den Berliner Delegierten wurde erklärt, diese Frage sei in dem Augenblicke gelöst, wenn sich die Weissenseer Kollegen der Zahlstelle Berlin anschließen, was nach ihren eigenen Ausführungen durchaus notwendig ist.

Abgelehnt bezw. durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurden nachstehende Anträge:

- 1. Der Goutag möge eine präzise Stellung zur Matifete einnehmen.
- 2. Die Bibliotheken größerer Zahlstellen sind den kleineren Orten zum Theil leihweise zu überlassen.
- 3. Eine Anzahl Anträge, die mit bereits verhandelten Anträgen gleichlautend oder ähnlich waren.

Von der Zahlstelle Rottbus wurde ein Goutags-Reglement unterbreitet, das nach einigen Abänderungen in folgender Form zur Annahme gelangte:

„Der Gauvorstand wird verpflichtet, alljährlich zwischen Weihnachten und Neujahr einen Goutag einzuberufen. Sofern nach Ansicht des Gauvorstandes oder einzelner Zahlstellen sich die Nothwendigkeit herausstellt, vor dieser Zeit denselben einzuberufen, so ist dazu die Zustimmung der Mehrheit der Zahlstellen erforderlich. Als Ort dazu hat der Gauvorstand einen möglichst in der Mitte des Gaues liegenden zu wählen.“

Die Zahlstellen haben hierzu bis zu 200 Mitgliedern einen, bis zu 500 zwei und dann für jedes weitere 1000 je einen weiteren Delegierten zu wählen. Außerdem muß der Gauvorstand vertreten sein.

Die Kosten der Delegation für die Mitglieder des Gauvorstandes, sowie der nicht leistungsfähigen Zahlstellen werden von der Gaukasse getragen.

Doch sind die betreffenden Zahlstellen verpflichtet, das Geld der Gaukasse möglichst wieder zuzuführen.

Die Höhe der Diäten bestimmt der Goutag selbst.

Der Goutag ist möglichst an einem Ruhetag einzuberufen und sechs Wochen vorher bekannt zu geben. Die Tagesordnung ist so festzusetzen, daß dieselbe möglichst nur einen Tag in Anspruch nimmt; die Verhandlungen dürfen über zwei Tage nicht ausgehnt werden. Die Mitglieder des Gaues und die Zahlstellen haben das Recht, bis 14 Tage vor der Tagung Anträge beim Gauvorstand einzureichen.

Die Delegierten haben sich durch ein vom Gauvorstand an die Zahlstellen übersandtes und von der Lokalverwaltung glaubwürdiges Mandatsformular auszuweisen. Nur solche Delegierte haben Beratungs- und Stimmrecht.

Als Diäten wurden sodann, außer Fahrgehalt 3. Klasse, nicht unter M. 6 pro Tag festgelegt. Ferner ist jeder Delegierte berechtigt, einen Betrag für eventuellen Lohnausfall zu liquidieren.

Hierauf wurde über eine Beschwerde gegen den Gauvorstand verhandelt. Die Trebbiner Delegierten behaupteten, daß sich ein Mitglied des Gauvorstandes gelegentlich einer Differenz der Treppiner Kollegen mit einem dortigen Unternehmer inoffiziell

verhatten habe. Nach längerer Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der Ganttag beschließt nach eingehender Verhandlung, die Beschwerde abzuweisen. Des Weiteren hat die Verhandlung in dieser Sache ergeben, daß die Trebbiner Kollegen die Verbandsbeschlüsse bezw. das Streikreglement nicht so beachtet haben, wie es im Interesse des Verbandes gelegen hätte.

Nachdem im Punkt „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte der Schluß des Ganttages mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Der Konflikt in der Berliner Holzindustrie, der durch das selbstherrliche Vorgehen der Unternehmerführer Dr. Nahardt und Konjorten hervorgerufen worden war, ist nun doch in einer Sitzung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts am Mittwoch, den 16. d. M., durch Vergleich beigelegt worden. Nach den Vergleichsbedingungen bleibt Absatz 1 des von den Unternehmerorganisationen oktroizierten Arbeitsvertrages (siehe Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“) unverändert.

Das in Kürze die Vergleichsbedingungen, mit denen sich die am 17. Januar abgehaltene Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes einverstanden erklärte. Einen ausführlichen Bericht über die verschiedenen Verhandlungen, der sich in unseren Händen befindet, können wir Raum mangels halber erst in nächster Nummer veröffentlichen.

Zischlermeister Th. Bruck in Forst (Lausitz) sucht in hiesigen Zeitungen Eiskler auf dauernde Beschäftigung. Die Art und Weise, wie B. mit seinen Gesellen umzugehen versucht, ist gerade nicht verlockend, in seinem Colorado Arbeit anzunehmen. Zu nörgeln hat der gute Mann immer etwas. Entweder arbeiten die Gesellen zu wenig, oder sie arbeiten zu anstrengend, oder sie thun sonst etwas, was nicht seinen Beifall findet.

Achtung, Klavierarbeiter! In der Pianofortefabrik von Nieber & Co. in Berlin sind Differenzen ausgebrochen. In diesem Etablisement wird die Theilarbeit in erweitertem Maße eingeführt. Die Herren Nieber & Co. versuchen nun, dem Arbeiter auf einzelne Arbeiten bis zu 50 pZt. abzuziehen.

Die Firma Wischeloß & Co. in Wanne hat 11 von 36 Arbeitern den bisherigen Lohn um 5 % gekürzt. Neun von diesen Arbeitern gehören dem Deutschen Holzarbeiterverbande und zwei dem Christlichen Bunde an. Eine gemeinsame Versammlung wählte eine Kommission, welche bei der Firma vorstellig wurde.

In Winter'schen Dange'schaft in Aischersleben war der Arbeiter eine Arbeitsordnung unterbreitet worden mit dem Zweck, daß, wer dieselbe nicht unterschreibt, in 14 Tagen zu gehen sei. So fings waren die Arbeiter nun nicht zur Hand, weil die Arbeitsordnung Bestimmungen enthielt, die nicht erfüllt werden konnten. So war es z. B. die, daß die Arbeits-

zeit anstatt, wie bisher, von 6 bis 6, fortan von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends dauern solle, ohne daß für die letzte Stunde ein Aufschlag bezahlt wurde, d. h. als Ueberstunde galt. Weiter sollte die Kündigung ausgeschrieben sein und die Arbeiter jede Arbeit verrichten müssen, die ihnen zugeteilt würde.

Der Streik in der Landwirthschaftlichen Maschinenfabrik Akt.-Ges. A. Lehmitz, dauert fort. Zum Streik ist zu berichten, daß am Sonntag, den 19. d. M., wiederum eine Versammlung der Streikenden stattgefunden hat, in welcher die Vertreter sämtlicher am Streik beteiligten Organisationen anwesend waren. In derselben wurde von der Kommission die gegenwärtige Situation kargelegt, aus welcher sich ergab, daß sich dieselbe für die Streikenden nur gebessert hat.

Bei der Firma Jisse & Co. in Uslar befinden sich die Kollegen seit dem 27. Dezember in einem Abwehrstreik wegen Herabsetzung der Akkordpreise um 15-20 pZt. Eine vom Gewerkschaftsrat eingeleitete Unterhandlung mit der Firma war erfolglos.

Bei der Firma F. Giltwald, Regulatourgehäufabrik in Freiburg i. Schl., sind Differenzen ausgebrochen. Vor Zugang wird deshalb gewarnt.

In der Uhrgehäufabrik von G. Trömmel's Nachf., H. Ahlemann in Schmölla, waren Differenzen ausgebrochen, die aber, wie durch ein Telegramm an uns mitgeteilt wird, am Montag beigelegt sind. Bericht folgt.

Differenzen sind in der Werkstätte des Herrn Schäfer, Coest, Müntenthor 18, ausgebrochen. Ueber genannte Firma ist die Sperre verhängt, weshalb Zugang nach dort zu vermeiden ist.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Zählstelle Ravensburg schloß sich der Siegnitzer Protestresolution an.

Der amerikanische Waggonbau hat im abgelaufenen Jahre wesentliche Fortschritte gemacht. Die Waggonfabriken haben 124 106 Waggon fertiggestellt, gegen 123 893 im Jahre 1899. Davon gelangten 2561 Fracht-, 121 Dampf- und 748 Straßenbahnwaggon zur Ausfuhr.

Gewerkschaftliches.

Die Steinarbeiter haben unter dem Titel: „Die Berufsgefährden der Steinarbeiter“ eine Denkschrift herausgegeben, in welcher die Berufsgefährden, Krankheiten etc. der Steinarbeiter erörtert sind. Die Denkschrift, die von Mich. Cawver ausgearbeitet ist, soll dem Bundesrat überwiehen werden.

Gegen den Buchdruckerverband richtet sich eine Aktion des Dorimunder Amtsblattes. Die in der Druckerei dieses Blattes beschäftigten Verbandsbuchdrucker sind aufgefordert worden, bis Dienstag, den 15. d. M. aus der Organisation auszutreten und dies schriftlich zu erklären.

gesucht; alle Vorstellungen waren nutzlos. Die Maßregelung ist um so verwerflicher, als der Geschäftsführer der Firma erst vor vier Wochen erklärt hat, er denke nicht an Entlassung der Verbandsseger. Derselbe Herr hat vor längerer Zeit der Sehern gesagt, er erkenne den Verband vollständig an.

Die fünfte ordentliche Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes ist vom Vorstand auf den 28. Mai d. J. nach Nürnberg einberufen. Auf die Tagesordnung derselben sind nur allgemeinere Verbandsfragen angesetzt worden.

Christliche Unternehmer und christliche Arbeiter. Die christlichen Zigarrenfabrikanten in Mees a. Rh. haben eine Anzahl Mitglieder des christlichen Zigarren- und Tabakarbeiterverbandes wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Organisation gemahregelt. Für die „Brüder in Christo“ vom Fabrikantenstand scheinen demnach die Grundsätze des Christenthums ihren Arbeitern gegenüber durchaus nicht maßgebend zu sein.

Der Kampf zwischen den christlichen Unternehmern und den christlichen Gewerkschaften nimmt überhaupt einen erbitterten Charakter an. Dies beweist der „Christliche Textilarbeiter“, Organ des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter, welcher am Schluß eines Artikels, in dem das Vorgehen der christlichen Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter scharf gegeißelt wird, schreibt: „Ober entspricht es etwa der Devise: „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“, wenn man in seinem Blatte für wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes, überhaupt für Arbeiterrechte eintritt, aber sein eigenes Geschäft als das Kränchen Ahr' mich nicht an betrachtet? Ein ephemerer Gegner ist den Arbeitern denn doch lieber, als solche „guten Fremde“.“

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zählte am Schluß des verflorenen Jahres 2898 Mitglieder; der Zuwachs an Mitgliedern betrug 985; die übergroße Mehrzahl der Mitglieder, nämlich 26 668, gehören dem Ruhrkohlengebiet an.

Der deutsche Bergarbeiterverband hat gemäß einem Beschluß seiner letzten Generalversammlung eine Urabstimmung vorgenommen über die Frage: Soll eine Kranfenzuschußkasse gegründet werden? An der Abstimmung haben sich (aktiv oder passiv) 26 033 Mitglieder beteiligt.

Die Urabstimmung hat die für die Weiterentwicklung des Verbandes höchwichtige Thatsache enthüllt, daß im Allgemeinen unsere örtlichen Führer die Stimmung ihrer Mitglieder garnicht genau kennen!!! Es also ein unzulässiges Unterfangen ist, wenn bei jeder Gelegenheit dieser oder jener das Wort ergreift „im Namen des Ruhrgebietes“, oder „der Schiefer“, oder „der Mitteldeutschen“.

Der Dreischgraf Bückler macht Schule. Die Maurer von Fürstenaalbe bereiten eine Lohnbewegung vor; sehr begreiflich, daß die Unternehmer davon nicht sehr erbaudt sind. Kürzlich hielten nun die Maurer eine Versammlung ab; in dieser wurde an den Vorsitzenden ein Brief abgegeben — natürlich anonym, aber der Schreiber, ein Maurermeister, ist den Gesellen wohl bekannt.

An die Tagediebe die sich Maurergesellen schimpfen. Tagediebe roht harige Hunde, Faulenzer möchte Ihr nicht lieber gleich Küststraße mitbringen und Eure Meister daran aufhängen???

Ihr Lumpenhunde verdient? nein verdient nicht die Hälfte, was Ihr fordert und bekommt.

Was haben denn Eure Meister hier erworben, garnichts, die leben schlechter in ihrer Familie, wie Ihr, denn Ihr freßt das Fett, die Meister sollen die Schulden freffen. Ihr seid die Bampshire der ganzen Menschlichen Gesellschaft, Umstürzler der Menschheit, das gemeinste Raubthier ist, unbewußt der Thierischen Gefühle, gegen seine Mitgeschöpfe gefühlvoller wie Ihr, Zweibeinige Hyänen, gegen Eure Lebewesen. Aber Ihr, den chinesischen Hund den gleichwertige Geschöpfe die Zeit wird kommen wo Ihr auf den Arien rutschend, um Arbeit betteln wird, dann sollt Ihr Straßenbred freffen, wie in China die Hunde, Ihr für die der dreidigste Kinnstein, zu rein ist Euch darum liegen zu lassen, Pfui über solche Kreaturen, die leider Menschen ähnlich sehn, aber unter den thierischen Thier registriren. Pfui und lauter Pfui. Boden und Best vernichte Euch, Kalkbrühe freffe Eure Beiden denn für den Teufel seid Ihr zu schade.

Mit einem solchen Unternehmerpaar muß sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse herumschlagen. Und dann bestreite noch Einer, daß die Gewerkschaftsarbeit Kulturarbeit im weitesten Sinne ist.

Auch ein Regierungspräsident kann sich irren. Der Posen'ser Regierungspräsident hatte die dortige Zahlstelle des Schuhmacherverbandes als politisch erklärt und deshalb aufgelöst. Auf die Beschwerde des Verbandes an den Oberpräsidenten mußte sich der Herr Regierungspräsident zu nachfolgender Erklärung bequemen:

Der Königl. Regierungs-Präsident. Posen, 3. Januar 1901. S. Nr. 13777/00 I. A.

Ihre Beschwerde gegen meinen Bescheid vom 3. Juli v. J. Nr. 5438/00 I. A. ist mir von Sr. Excellenz dem Herrn Oberpräsidenten hier selbst nochmals zugegangen. Bei der insoweit ermittelten Prüfung der Sachlage hat sich ergeben, daß die hiesige Zahlstelle des Verbandes deutscher Schuhmacher dem hiesigen Arbeiter-Sekretariat nicht angegliedert ist, und dieselbe daher, so lange sie sich im Rahmen ihres Statuts hält und nicht das politische Gebiet betritt, als politischer Verein im Sinne des Vereinsgesetzes nicht anzusehen ist.

Unter Aufhebung meiner Entscheidung vom 3. Juli v. J. Nr. 5438/00 I. A. habe ich den Herrn Polizeipräsidenten hier selbst ersucht, Vorstehendem gemäß zu verfahren und sehe daher Ihre Beschwerde vom 13. Juli als erledigt an. S. B.: gez. (Unterschrift).

Der Herr Regierungspräsident hatte die Zahlstelle auf Grund der Statuten des Verbandes deutscher Schuhmacher als politischen Verein erklärt, jetzt sieht er sich genötigt, die Zahlstelle auf Grund derselben Statuten als unpolitisch zu betrachten. Was der Herr Regierungspräsident unter der Angliederung an das Arbeitersekretariat, soll besser heißen Unterführung des Sekretariats, versteht, um daraus Politik zu konstruieren, ist unverständlich. Bekanntlich ist gerade das Sekretariat die unpolitischste Einrichtung. — Im Uebrigen möchten wir den Herrn Regierungspräsidenten noch auf eine Inkonsequenz aufmerksam machen. Die Versammlungen der Zahlstelle der Schuhmacher erklärt er als politisch und läßt die Frauen hinausweisen, die Zahlstelle selbst läßt er aber weiter bestehen, trotzdem ihr gleichfalls Frauen angehören, wie er aus der beim Polizeipräsidenten eingereichten Mitgliederliste schwarz auf weiß sehen konnte. Die Logik, die Logik!

Die amtliche Streikstatistik Oesterreichs für das Jahr 1899 ist soeben erschienen. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre 1899 in Oesterreich 311 Arbeitseinstellungen und fünf Aussperrungen erfolgt. Durch die Arbeitseinstellungen wurden 1330 Betriebe betroffen, die 90919 Arbeiter beschäftigten. An den Streiks beteiligten sich hiervon 54763 Arbeiter (darunter 18954 weiblichen Geschlechts), also mehr als 60 pZt. aller Beschäftigten. 48 von den Streiks wurden (= 15,48 pZt.) mit vollem, 123 (= 39,55 pZt.) ohne und 140 (= 45,02 pZt.) mit theilweisem Erfolg beendet. 5594 Arbeiter (= 17,80 pZt.) waren an den erfolgreichen, 9748 (= 17,80 pZt.) an den erfolglosen und 39421 (= 71,99 pZt.) an den theilweise erfolgreichen Streiks beteiligt.

Einen Schlag gegen die Gewerkschaften hat die nationalistische Majorität des Pariser Stadtraths geführt. Mit 43 gegen 32 Stimmen wurde in der Sonnabend-Sitzung die Weiterzahlung der Subvention von Frs. 110000, die bisher die Stadt Paris jährlich der Arbeiterbörse zahlte, abgelehnt. Die clerikal-nationalistische Mehrheit stützte sich, um ihr arbeiterfeindliches Vorgehen zu bemanteln, in heuchlerischer Weise auf das Dekret vom 17. Juli 1900, durch welches die Arbeiterbörse von der Vormundtschaft des Präfekten befreit werden. Man stellte sich so, als ob man der Arbeiterbörse ihre volle „Freiheit“ gebe.

Große Arbeitslosigkeit in Dänemark. Nach einer vom geschäftsführenden Ausschuss der zentralisierten Gewerkschaften in Dänemark aufgenommenen Statistik waren in 67 Gewerkschaften mit zusammen 79602 Mitgliedern im November 13808 arbeitslos oder 17,34 pZt. 57 Organisationen haben die Zahl ihrer Arbeitslosen für das Jahr 1899 mitgegeben. Bei einer Mitgliederzahl von 77237 zählten sie im November 1899 6442 Arbeitslose, 7,7 pZt.; im November 1900 12868 oder 16,66 pZt. Am größten ist die Zahl der Arbeitslosen im Bauwesen; sie beträgt 24 pZt. Darnach kommen die ungelerten Arbeiter mit 22,56 pZt., während in den übrigen Organisationen 11,9 pZt. der Mitglieder arbeitslos sind. Die absolut höchste Zahl Arbeitsloser hat der Verband der Bäcker aufzuweisen und zwar 33 pZt. der Mitglieder. Doch das ist hier weniger der schlechten Konjunktur, als vielmehr der in diesem Gewerbe herrschenden Lehrlingszählerei zuzuschreiben. Außerdem ist die Zahl der Arbeitslosen bei den Schneidern 24 pZt., den Seeleuten 26 pZt., Buchbindern 12 pZt., Buchdruckern 6 pZt. Im Allgemeinen ist eine sehr starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu konstatieren. Ohne Zweifel haben sich die Verhältnisse seitdem noch verschlimmert, namentlich wird sich die Zahl der Arbeitslosen im Bauwesen noch bedeutend gesteigert haben.

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung hat sich hier verhältnismäßig spät entwickelt, hat aber in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen. Die erste Gewerkschaft im Sinne der modernen Arbeiterbewegung war der 1887 gegründete Fachverein der Maler; dann folgten 1888 die Schuhmacher, 1889 die Fachvereine der Holzarbeiter und der Schneider. Zur Wille gelangten die Gewerkschaften erst Ende der 90er Jahre. 1895 gehörten nur 7625 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei den Gewerkschaften an; 1898 aber waren es 39476. In diesem Jahre wurde die Landesorganisation der Fachverbände gegründet. Dieser schlossen sich 24 Gewerkschaften an mit einer Mitgliederzahl von 53006. Dazu kommen noch einige alleinstehende Fachvereine mit 5324 Mitgliedern. Die schwedischen Arbeiterorganisationen zählten also 1898 insgesamt 58340 Mitglieder.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in den Vereinigten Staaten machen erfreuliche Fortschritte; von September 1899 auf 1900 stieg im State New York ihre Mitgliederzahl von 209020 (Stadt New York 141687) auf 245332 (Stadt: 154494). Im 3. Quartal 1900 zeigte sich gegen das 2. Quartal des gleichen Jahres eine Abnahme von 2920 Mit-

gliedern. Gestiegen war die Zahl der organisierten Bauarbeiter um 3117, der Buchdrucker um 134, der Tabakarbeiter um 499, der in Theatern und dergleichen Thätigen um 162 und der städtischen und staatlichen Arbeiter um 606; es sank dagegen die Zahl der organisierten Textil- und Konfektionsarbeiter um 2608, der Metall- und Maschinenarbeiter um 1790, der Transportarbeiter um 1083, der Nahrungsmittelarbeiter um 276, der Holzarbeiter um 405, der Gastwirthschaftsgehülfen um 216 und der in kleineren Gewerkschaften Organisirten um 360.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein christlicher Arbeiter wegen Verurtheilung — freigesprochen. Der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes zu Wachen hatte sich bei einem Streik zu einem Barbier, dessen Frau Streikbrecherdienste leistete, begeben und denselben aufgefordert, dahin zu wirken, daß seine Frau auch die Arbeit einstelle. Würde seine Frau weiter arbeiten, so käme die Sache in einer Versammlung zur Sprache, und die Folge sei, daß kein Weber sich mehr bei ihm rasiren lasse. Deshalb wurde dem christlichen Arbeiterführer der Prozeß gemacht. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu einem Tage Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen beantragt. Sowohl der Staatsanwalt wie der Angeklagte legten Berufung ein. In der Sitzung der Strafkammer vom 11. Januar kam es zur Freisprechung des Vorsitzenden. Sämmtliche Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt. Der Thatsbestand des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung konnte nicht festgestellt werden. Solche Richter wünschen wir jedem „Streikführer“.

Staberet in Deutschland — „von Rechts wegen!“ Eine für das Arbeitsverhältniß höchst wichtige Entscheidung hat jüngst das Reichsgericht getroffen. Im Mai 1899 sollten in der Eisengießerei Kuhn in Ruffenhäusen Modelle gearbeitet werden, welche dieser Firma von den Woff'schen Fabrik in Heilbronn, in welcher gestreikt wurde, zur Fertigstellung übergeben worden waren. Die Arbeiter, 20 an der Zahl, weigerten sich auf Verabredung, diese Arbeit auszuführen und wurden daraufhin wegen „Ungehorsams“ auf Grund der §§ 134, 135 der R.-G.-O. kündigungsgelöst entlassen. Außerdem verklagte die Firma Kuhn die entlassenen Arbeiter auf Schadenersatz und beantragte, die Beklagten unter Haftung als Gesamtschuldner, eventuell Jeden zu 1/10, zur Zahlung von M. 2043,76 zu verurtheilen. Das Reichsgericht hat nunmehr in letzter Instanz diesem Antrage stattgegeben und die Beklagten solidarisch zur Entrichtung des Schadenersatzes verurtheilt. In den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts heißt es, die Beklagten wollten durch rechtswidrige Arbeitsverweigerung ihren Arbeitsherrn zwingen, sich ihrem Willen zu fügen und die Anfertigung der sogenannten Streikmodelle zu unterlassen. Jeder von ihnen war sich bewußt, daß der Kläger durch ihr Vorgehen geschädigt wurde, und da sie durch gemeinsame Verabredung ihren Willen durchsetzen wollten, sind die Beklagten gemeinschaftlich der unerlaubten holothen Vermögensschädigung schuldig und hatten daher nach gemeinem Recht auch bei zivilrechtlichen Delikten solidarisch für den gesammten Schaden. — Der Arbeitszwang kann im Klassenstaat auch ohne Zuchtshausgesetz durchgeführt werden — wenn ihn ein Unternehmer à la Summ vom Gericht verlangt. Die Arbeiter müssen sich dem Willen des Arbeitgebers fügen, sonst werden sie gestraft, sie dürfen also keinen eigenen Willen haben, sie sind Sklaven! Der obliegende Fabrikant verkündet in Nischenannoncen seinen Sieg aller Welt und gibt Hunderte von Mark dafür aus, um öffentlich zu zeigen, daß er sich nicht genirt, 20 Arbeiter dafür strafen zu lassen, daß sie im Kampfe um Besserung ihrer sozialen Lage ihren kämpfenden Kollegen als Ehrenmänner beigekommen sind. Er verbreitet in dankenswerther Weise in den weitesten Kreisen unsere Ansicht, daß im Klassenstaat auch Klassenjustiz herrscht.

Technisches.

Die Direktion der Tischlerschule in Detmold hatte, um den Schülern derselben Gelegenheit zu geben, während der Weihnachtsferien selbstständig zu zeichnen, ein Preisausgeschrieben veranstaltet zur Erlangung von Entwürfen für ein Schlafzimmer im modernen Stil im Werthe von M. 500. Eingegangen waren 22 Entwürfe, davon erhielt die Zeichnung mit dem Motto „Waldfrieden“ den ersten Preis, Schüler Jonas, dem zweiten Preis erhielt die Zeichnung mit dem Motto „Mein Heim“, Schüler Rathmann. Als besonders schöne Vorfürungen wurden die Zeichnungen mit dem Motto: „Haidröschchen“, „Gute Nacht“ und „Sommer feste druff“ anerkannt und bedauert, daß nicht mehr Preise zur Verfügung standen, um auch diese Arbeiten zu prämiieren, als Verfertiger dieser drei Arbeiten wurde der Schüler Alf. Brendel genannt. Die Zeichnung, die der Schüler W. Lührs gesandt hatte, entsprach nicht den Bedingungen. Diefelbe war zu reich gehalten aber in der Form gut erfunden. Folgenden Zeichnungen mit dem Motto „H. S.“ Schüler Simon, „Barmer Leim“ Schüler Richter, „Nelle“ Schüler Häberle, „Jugend“ Schüler Denkmann, „Glück auf“ Schüler Sperling I., „Erika“ Schüler Koch, „Jungfrau“ Schüler Stratmann und „Alida“ Schüler Rebel wurde eine lobende Erwähnung zuerkannt. Das Preisrichteramt hatten außer den Lehrern der Anstalt in liebenswürdiger Weise die Herren Dreyher sen., Carl Bencke und Th. Müller übernommen. Die Herren Sachverständigen sprachen sich in anerkennender Weise über die Leistungen der Schüler aus, und es wurde besonders betont, daß bei der kurzen Zeit der zeichnerischen Ausbildung an der Detmolder Fachschule die Leistungen der Schüler ganz hervorragende seien. Es ist dies ein Sporn für die Schüler als auch für die Schulleitung, auf dem bisherigen Wege weiter zu arbeiten. Nachträglich wurden noch einige Entwürfe von Detmolder Fabrikanten angekauft. Damit sich eventuell alle Schüler an einem Preisausgeschrieben beteiligen können, soll jetzt alle Vierteljahr ein solches veranstaltet werden.

Aufleimen von Marmorplatten. Hierzu empfiehlt der „Techniker“, statt des bisher gebräuchlichen Leimes eine Mischung aus Gips und Leim zu verwenden, welche allerdings ein schnelles Arbeiten erfordert, aber eine festere Verbindung ergibt. Es wird ein dünnflüssiger Gipsbrei hergestellt durch Einrühren von Gips in Wasser und derselbe in den heißen Leim eingegossen.

Literarisches.

Das hungernde Rußland. Zur Ausgabe gelangen Heft 8 und 9. Das ganze Werk erscheint in 16 Heften à 40 S. im Verlage von J. H. W. Diez Nachf. Im gleichen Verlage erschienen ferner: „Vaterlandslose Gesellen“. Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts. 106 Seiten. Elegant gebunden. Preis 50 S. Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Geisteskrankheiten. — Der Alkoholismus und seine Bekämpfung. — Die Kleidung. — Wohnung und Werkstatt. — Die Wohnungsfrage. — Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 S. erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen.

„Zur guten Stunde“. (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W.) Preis jedes Bierzehntagsheftes 40 S. Heft 8 enthält eine Schilderung über die Thätigkeit der Frauen als Straßenbahn-Kondukteure und außer künstlerisch ausgeführten Illustrationen überhaupt interessante Schilderungen in Wort und Bild aus allen Theilen der Welt. Heft 9 enthält Aufsätze über Gebräuche während der Christnacht im Hochgebirge, „Weihnacht am Nord eines Schnelldampfers“ u. A. Die schönen Kunstblätter sind ausschließlich dem Weihnachtseft gewidmet.

Im Verlag von F. Harrwitz Nachf., Berlin SW, Friedrichstr. 16, erschienen in Interessentkreisen bereits bekannte und sehr praktische Fachkalender, nämlich der Allgemeine Tischlerkalender 1901 für Bau- und Möbeltischler sowie für Möbeldändler, der Kalender für das Baugewerbe 1901. Der erstere Kalender kostet M. 1,20, der letztere M. 1,30 bei Frankofortung. Die Einbände sind solide und schmieglam und der Inhalt der Kalender recht reichhaltig, namentlich in Bezug auf den technischen Theil.

Briefkasten.

\* Wegen Raumangels mußten verschiedene Einsendungen und Korrespondenzen, sowie der Gautagsbericht von Flensburg bis zur nächsten Nummer zurückbleiben. Leipzig, Karl Hilbert. Aus dem gleichen Grunde mußte Ihr Eingelant zurückgelegt werden. In nächster Nummer wird dasselbe veröffentlicht werden. Gotha, W. Der Gautagsbericht mußte wegen Raumangels zurückbleiben. \* Wer nennt uns ein Verfahren, um Verklammerter dauerhaft auf Holz zu befestigen? Wir bitten darum. \* Wer liefert trocken geschnittenes Satine-Holz? Welche Holzart kann am besten zu Möbeln verwandt werden, die mit Satineholz furnirt sind? \*\* Spiegelgläser liefert in jeder Größe, Stärke und Qualität die Firma F. G. Häusler in Dresden-N., Dammweg, und J. Gröpler in Hamburg, Mühlenstraße. W. B. Photographische Apparate liefert Herr M. Hecht in Görlitz, Augustastr. 22. Ulineburg, 87620. Herr Paul Horn in Hamburg kann Ihnen mit dem Gewünschten ausbelfen. Berlin, C. F. Sind nicht zu beseitigen, weil dieselben durch eine organische Verbindung entstanden. Forst, R. Hatte sich leider verkrümelt. Zwei Wetteide in Pamela. Der Holzarbeiterverband besteht seit 1893. Trotzdem ist es richtig, wenn die „Holzarbeiterzeitung“ den 9. Jahrgang schreibt, während der Almanach von dem 7jährigen Bestehen des Verbandes berichtet. Bau, P., W. Unsere Preiskommission hat früher schon beschlossen, daß Stedbriefe von Wirthen zc. in den Anzeigenheft nicht aufgenommen werden sollten. Das, was Sie auf dem Herzen haben, können wir im redaktionellen Theile auch nicht bringen. Schlimm genug, daß die Kollegen Carl Stierenberg und Reichsmar das Vertrauen ihres Schneiders mißbrauchten und die Zahlstelle unseres Verbandes in Mißcredit brachten. Aber wir können nicht jeden Einzelfall registriren.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (C. S. 3 in Hamburg.)

Vom 1. bis 19. Januar wurden folgende Beträge eingekandt. Würzburg II M. 300, Reideburg 200, Oppau 200, Trebbin 150, Witten 150, Goldblauer 157,15, Mühlbada 150, Wiersen 150, Wiesbaden 200, Wilsdruff 150, Friedrichsfelde, Blauen i. S., Dettlingen, Landau, Heiligenzell, Ansbach, Hörde, Hainhausen, Halberstadt, Coswig, Weidrich, Mariendorf, Gummerich, Prizwall, Kulmbach je M. 100, Blauen b. Dresden M. 90, Heinrichsruh 75, Bennedensheim 75, Wintersdorf 75, Neuhäusen 70, Kirchheimbolanden 70, Sülzfeld 60, Roda 60, Schleißheim 50, Mülla 50, Odenkoben 50, Hermülheim 50. Summa M. 4132,15. Vom 1. bis 19. Januar erhielten Zuschüsse: Berlin D M. 1200, Berlin A 800, Berlin E 800, Berlin F 800, Berlin G 800, Berlin B 600, Berlin C 600, Neckarau 700, Dresden-N. 400, Ehrenfeld 400, Merheim 400, Großzimmern, Mühlheim a. Rhein, Bitterfeld, Budaun, Lichtenberg, Mainz, Raff, Deutz, Zeig, Nippes je 300, Gonsenheim, Grabow, Bruchköbel, Buzg-lau, Durlach, Oberrad, Speyer, Hanau, Grödingen, Düsseldorf, Bamberg, Darmstadt, Duisburg, Cannstatt, Koftheim, Rhein-gönheim, Alte Neustadt, Planenburg i. Th. je 200, Ketsch, Baunsdorf, Leuzsch, Vergedorf, Kassel, Forchheim, Gürlich, Burgen, Potsdam, Naumburg, Lambrecht, Fuchsdörheim, Dürkheim, Bürgel, Ruffenhäusen, Rawitsch, Wehringhausen je 150, Schönefeld, Wolfenbüttel, Muggensturm, Ebingen, Merseburg, Nied, Adersheim, Bohenheim, Krefeld, Kirchbitmold, Luden-walde, Remmigen, Neu-Muppin, Weisshöchheim, Weglar, Großenhain, Stetten, Sprottau, Schleuditz, Debschütz, Fintzen, Sedenheim, Neulubheim, Eßlingen, Eitorf, Waldau, Böhmig, Schleusingen, Weiterstadt, Schweim, Posen, Drifstel, Ziegenhof, Herbede, Weizheim, Rahja je M. 80, Driesen 75, Amdeneburg 70, Launsbach 70, Zangenberg 60, Marburg, Alena, Zitta, Schöneweide, Ipehoe, Sangerhausen, Weilburg je M. 50. Summa M. 21195. Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse bezahlt M. 8357,25. L. Jacobs, Hauptkassier.

**Berichtungs-Anzeiger.**

**Altona.** Am Dienstag, den 29. Januar, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Gbler, Nordstr. 37. T.-D.: 1. Abrechnung. 2. Bericht der Verwaltung. 3. Neuwahl der Verwaltung. 4. Bericht von der Gaukonferenz. 5. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

**Barmen.** Am Sonnabend, 2. Februar, Abends 9 Uhr, bei Fr. Joeren, Brucherstr. 7.

**Braunschweig.** Sonnabend, 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werder 82.

**Charlottenburg.** Montag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Leber, Bismarckstr. 74.

**Emden.** Donnerstag, 31. Januar, b. Menth. Gürtlich. Sonnabend, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im „Wetbedere“, Kaufswalberstr. T.-D.: 1. Vortrag des Kollegen Bestig über die Pariser Weltausstellung. 2. Geschäftliches. Die Ortsverwaltung.

**Ferne.** Samstag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Verkehrslokal der Wwe. Domm, Buchenerstraße. Hierauf regelmäßig alle 14 Tage.

**Hln.** Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 9 Uhr, im Lokale „Lenz Erholung“, Sandbahn 1. — Arbeitsnachweis für Stellmacher bei Reich, Rheinberg 9. Die Ortsverwaltung.

**Wernigerode.** Sonnabend, 2. Februar.

**Anzeigen.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Cöpenick.** Bevollm. R. Feld, Marienstraße 19. Kassierer Herrmann Schmidt, Gliederstraße 5. Reiseunterstützung daselbst. Verkehrslokal bei August Kopsch, Müggelseestraße 2.

**Görlitz.** Die Adresse des Gauvorsitzenden ist: R. Trinks, Ströhr. 45. Bevollm. Karl Lindner, Kaufswalberstr. 21.

**Ferne.** Bevollm. Hermann Gause, Tischler, v. b. Seydstr. 8. Kassierer Karl Köhler, Ströhrstr. 12. p. Derselbe zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus. Herberge Wwe. Domm, Buchenerstraße.

**Johanngeorgenstadt.** Bevollm. Arthur Schöbert, Kassierer Richard Kunzmann. Schöbert zahlt die Reiseunterstützung täglich von 7-8 Uhr aus.

**Köln.** G. Hirt, Patriotischer Weg 52, 2. Et. Kassierer W. Künse, Windmühlent. 1, 1. Et. Herberge „Stadt Halle“, Beguinenberg 10.

**Basel.** Herberge bei Perholz, Klosterstraße 10. Die reisenden Kollegen mögen dies beachten. Die Ortsverwaltung.

**Wiesbaden.** Bevollm. W. Hofmann, Stadelhaldenstr. 15. Kassierer G. Schönmann, Odenstr. 4. Zentralherberge „Gasthaus zum Löwen“. Reiseunterstützung wird ausbezahlt in der Restauration Knittel, Schenkstr. 8.

**Schwüngen.** Bevollm. Bernh. Albers, Nierenstraße 24. Kassierer Albert Walter, Wehndorf 7. Die Herberge befindet sich beim Schwibb August Thierig, Salzstr. 16.

**Aufforderung.**

Unterzeichnete Ortsverwaltung ersucht das Mitglied Karl Finkewitz, geb. 8. 9. 81 zu Buchenwalde, Buch-Nr. 184 507, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen. Kollegen, welchen der Aufenthalt des F. bekannt ist, ersuchen wir, ihn hierauf aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung Barmen.

Die Verwaltungsstelle Kauf theilt dem Kollegen Karl Hedrich, Drechsler aus Kauf, mit, daß sein Vater gestorben ist. Die Kollegen werden gebeten, ihm dieses mitzutheilen. Die Ortsverwaltung.

**Aufforderung.**

Der Kollege Georg Segen (Buch-Nr. 266 768) aus Daprun wird ersucht, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber sofort nachzukommen. Kollegen, welche dessen Aufenthalt kennen, werden gebeten, seine Adresse mitzutheilen an Joh. Kainig, Bevollmächtigter, Flachsgasse 2. Ortsverwaltung Worms a. Rh.

Der Tischler Emil Reinhold, geb. am 18. 5. 81 zu Altona, Buch-Nr. 194 872, wird hiermit aufgefordert, das aus der Wwe. Gbler entlehnte Buch „Heinrichs Werk“ umgehend einzulösen. Kollegen, Beträumensmänner, sowie Kassierer werden gebeten, Dingen hierauf aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung Barmen.

Die Ortsverwaltung Barmen.

**Aufforderung.**

Der Tischler S. Krüger, Buch-Nr. 266 517, wird aufgefordert, die entlehnten Karten an die Verwaltungsstelle Barmen sofort zurückzugeben. Die Kollegen werden ersucht, ihn hierauf aufmerksam zu machen. J. A. W. Kainig, Kopsch, Windmühlent. 1.

**Aufforderung.**

Der Tischler Paul La-Compe, geboren 20. 8. 61 zu Berlin, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber der Verwaltungsstelle Witten nachzukommen, wibrigenfalls wir andere Maßnahmen ergreifen. Rob. Lange, Witten, Röhrchenstr. 49.

Allen Vorständen und Mitgliedern der Ortsverwaltung für Leipzig und Umgegend zur Kenntnisnahme, daß das geplante Sommerfest zur Feier des 25jährigen Bestehens unserer Zentral-Krankenkasse der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter, Sitz Hamburg, am 11. August d. J. im „Albertgarten“ zu Anger-Crottendorf stattfindet. Alle Anfragen sind an den Vorsitzenden der Verbandskommission, Robert Schmiedel, Leipzig, Weststraße 60, zu richten.

**Sterbetafel**

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Fritz Balte,** Tischler, geb. 21. 3. 74 zu Witten a. d. R., gest. an Lungen-schwindsucht zu Ferne.

**Albert Herrholz,** geb. 4. 11. 76 zu Oßlitz, ertrunken am 10. 1. 1901 beim Schiffschuhlaufen zu Wolgast.

**Herm. Bretschneider,** 33 J., gest. am 14. 1. 1901 infolge Gasvergiftung zu Weihen.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Albert Kriegel,** Korbmacher, sende Deine Adresse an  
**Oswald Hildebrand,** Leipzig.

**Johann Börries** aus Großenfel in Oldenburg, giebt Deinem Bruder Antwort wegen Familienverhältnisse. Kollegen, welche Dingen kennen, werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen. H. Börries, Lehe b. Bremerhaven, Heinrichstr. 13, 2. Et.

**Heinr. Hopf,** wo bist Du?  
**K. Hopf,** Steinweg,  
**Oberichmon 59,** bei Querfurt.

Kollege **H. Hopf,** ersuche Dich höflich um Deine Adresse. Kollegen, welche denselben kennen, bitte ich, ihn darauf zu machen.  
**W. Hopf,** Krefeld, Lindenstr. 69.

Kollege **Otto Pine,** Drechsler, Buch-Nummer 146 216, wird ersucht, dem Unterzeichneten seine Adresse mitzutheilen.  
**H. Otte,** Düsseldorf, Biltalallee 140.

**Korbfabrik**

sucht durchaus tüchtigen, selbstständigen und zuverlässigen Sortierer, hauptsächlich für bessere Weinstorken, als Werkführer. Derselbe muß auch Kenntnisse in der Fabrikation haben. Durchaus zuverlässige nützlichere Bewerber, welche auf dauernde Stellung reflektieren, belieben Offerten sub Y. Z. 106 an die Expedition d. Bl. einzureichen.

Ein auf Blindholzgefelle geübter Schreiner gesucht.  
**A. Reuz,** Mannheim 2, 7.

Einige tüchtige Stuhlbaner finden noch Beschäftigung bei  
**Rob. Gelschlägel & Co.,**  
**Dr. Holland (Oßpr.)**

**Für Stuhlbaner und Polierer.**

In der neu errichteten Stuhlfabrik zu Brückenau (Wegern) werden 15-20 gute Arbeiter, besonders Polierer gesucht. Beschäftigung dauernd und lohnend.  
**Jos. Krag,** Bam. u. Möbelschreiner.

Polierer für bessere Stühle gesucht.  
**Carl Rademacher,** Stuhlfabrik,  
**Raffel.**

**Korbmachergehülfe**

auf Reiseförbe sucht  
**P. Güttler,** Neustadt i. Sachf.

Gesucht Korbmacher auf Gemalt.  
**Ludw. Behnen,** Trittau i. S.

**Korbmacher.**

Gesucht sofort einige tüchtige Gesellarbeiter auf Gartenmöbel für dauernd.

**Rud. Förster,** Königssee i. Th.

2 Korbmachergehülfe auf grüne Mattarbeit werden zu sofort oder später verlangt. Reisekosten verb. nach Eintritt d. Arbeit verb.  
**Chr. Holm,** Korbmachermeister,  
**Falmsjö (Schweden).**

Ein tüchtiger Korbmachergefelle auf Fisch- und Kohlenförbe erhält sofort oder um 14 Tage Arbeit bei

**Gottfried Wolle,** Korbmachermeister,  
**Bergen auf Nügen.**

Gesucht 2 Korbmacher, 1 auf Veranda-möbel und 1 auf Großgeschlagen, bei dauernder Arbeit und gutem Lohn.

**L. Kelle,** Göttingen.

Gesucht noch einen tüchtigen Korbmacher-gefelle auf Mattarbeit bei dauernder Beschäftigung.

**Louis Wiegmann,** Korbmacher,  
**Elze (Hannover).**

**Arbeitsnachweis der Korbarbeiter.**

4 Handrundschnneider, 2 Maschinenschnneider und 1 Zurichter sofort gesucht.

**Wilh. Schneek,**  
**Fraunfurt a. M., Alte Mainergasse 38, 1. Et.**

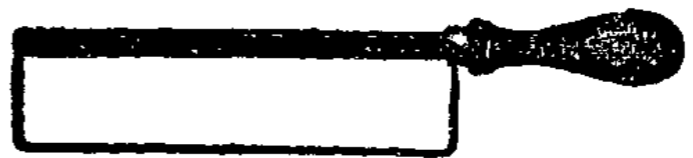
Als Spezialität versende gegen Nachnahme für Möbeltischler, franco zu M. 7,50:

**Dübeleisen,** gezahnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit echten amerikanischen Dübelbohren.

**Ernst Trimpop,** Reimscheid-Saften.

**Tischler-Fachschule Detmold**

Drei- und sechsmonatlicher Kursus.  
Eintritt täglich. Bewährte Ausbildung.



**H. Juchschwanz,** a. Schild M. 1,80.  
**G. Wiendl,** München, Baaderstr. 78a.

**Tischlerwerkzeuge Ia.**

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabriziert und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lange Mühren 86, 87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenwaare führe ich nicht.)



Gratis und franko erhält Jeder meinen Pracht-katalog mit ca. 2000 Abbild. v. Messern, Sägen, Waffeln, Fernrohren, Gold-u. Lederwaren etc. Empfehlung unübertroffen. Silberstahl-

Maßmesser m. Gnu zu M. 2, desgl. Diamantstahl M. 8. Prima Stahl-Haushaltungsschere, 6 Zoll, 66 A gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

**Fritz Hammesfahr,** Stahlw.-Fabrik,  
**Solde-Solingen.**



**Meinel & Herold**

Harmonika-Fabrik  
**Klingenthal (Sa.) Nr. 103**  
versenden pr. Nachnahme anerkannt solide Concert-Zug-Harmonikas, ca. 34 cm hoch, m. garantirt härtesten Stimmen, offener Klaviatur, bester Stahlfederung, 5 theil. (11 falgig) Doppelbaig mit besten Metallgehäusen (Edelstahner) Doppelbässen etc.  
10 Cap. 2 chör. 2 Reg., 60 Stim. M. 5.- Schale und  
10 " 3 " 3 " 70 " " 7.50 Kiste hierzu  
10 " 4 " 4 " 90 " " 9.50 ansonst  
10 " 6 " 6 " 130 " " 15.- Porto extra.  
21 " 2mal 2 chör. 108 " " 11.-  
21 " 6 chör. Reg. 158 " 27.-  
Harm. 105 versch. Tr. pr. St. v. M. 3.50 bis 80.- Musikwerke, Drehorgeln, Akkordzitheren, Zithern, Violinen, Mundharmon., Bandolons. Garantie: Zurücknahme und Geld retour. Wir bitten dringend, unsere Harm. nicht mit billiger Arbeit zu verwechseln, in der Preis niedriger, ist auch die Qualität geringer. Vor anvertrautem Einkauf verlange man unsern großen illustrierten Katalog anfordern. — Ueber 3000 Dankschreiben. —

**Tischler-Fachschule**  
**Neustadt i. Meckl.**  
Zeichner, Werkführer, Meister.

**J. Meier's Pat. Schrankbeschlag „Brema“**

galvanisch verzinkt (D. R. G. M. 108 608),

ist der beste für auseinandernehmbare Schränke. Schnelles Anschlagen, genaue Führung der Seitenwände, sowie größte Zeiterparnis. Ein Versuch wird von den Vorzügen des Beschlags überzeugen.

Per Satz M. 1,10. Postfrei (8 Satz) über zum Engrospreise von 80 A per Satz ab.

Bei Abnahme größerer Posten entsprechend billiger.

**Verstellbare eiserne Patent-Leimzwinge**, schwarz lackirt (D. R. G. M. 120 623),

zu jeder Breite des zu verleimenden Holzes zu stellen. Bedarf nur 1 Keil, größte Haltbarkeit, Zerbrechen unmöglich. Preis, je nach Größe, v. M. 5,25-9. Vertreter für beide Theile gesucht. Verkauf auch direkt an Konsumenten.

**J. Meier, Bremen, Kl. Helle 33.**

**Für nur Mk. 7.50**

also zu einem bisher noch nie dagewesenen billigen Preis haben wir uns entschlossen, unsere neu erfundene

**Schwarz-Stahl-Cavalier-Schablonen-Uhr**

in den Handel zu bringen, um dieselbe dem und Reich zugänglich zu machen und dadurch einen nach Millionen zählenden Absatz zu erzielen. Diese neue u. elegante ganz flache Schablonen-Cavalier-Uhr, mit vergoldetem Rand, vergoldetem Bügel und Krone, sehr emallirter Zifferblatt mit heutigen oder römischen Zahlen, ist die leichteste Uhr, die es gibt, wiegt nur 20 Gramm. Das Werk ist ungemein solid gearbeitet. Jedes einzelne Theilchen auswechselbar und alle Bestandtheile bei uns stets fertig vorräthig. Der größte Vortheil unserer Schablonen-Uhr besteht noch darin, daß das Gehäuse ganz harmlos, also wasser- und staubdicht gearbeitet ist, daher viel besser geeignet und das complete Werk von Jedermann leicht heranzugewinnen und wieder eingesetzt werden kann. Unsere neue Cavalier-Uhr wird wegen ihres außerordentlich billigen Preises, der vorzüglichen Beschaffenheit, u. des ungemein prächtigen Gesanges, als das größte Wunder des Jahrhunderts angesehen und von allen Seiten auf mindestens Mk. 25.- bewertet.



Für vorzüglichen Gang zweijährige Garantie.

Dieselbe Uhr, mit beschriebenen Gold-Double-Initialen (wie Zeichnung) Mk. 10.- (Gros- u. goldene Mk. 11.-). Damen-Uhren Mk. 10.-. Hierzu passende eleg. Gold-Double-Gerratheten Mk. 3.-6.-. Extra feine lange Damen-Goldketten Gold-Double mit sehr eleg. Schiebern mit Farbsteinen oder edlen Opalen Mk. 3.-10.-.

Die gleiche Uhr aus Alpaca-Metall offen nur Mk. 6.-.

Ugh. einlaufende Anrechnungs-scheine wie z. B.: Die Cavalier-Uhr geht vorzüglich und billig. Ich kann meine volle Anrechnung dafür geben. P. Herrmann... Beweisen am besten die Vorzüglichkeit unserer so preisbilligen Schablonen-Uhr. Schreiben geg. Rücknahme. Nicht zugängig Paräth. Briefporto 20, Karten 10 Pf.

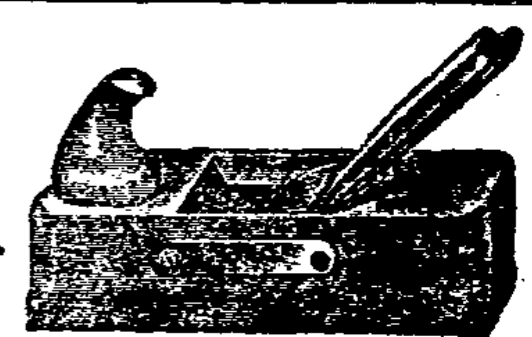
**Commandit-Gesellschaft: Etablissement d'horlogerie Basel (Schweiz) 35.**  
Für Engros-Bezug vortheilhafte Offerte.

**Leo Vetter,**

Stuttgart.

**Neuer Putzhobel**

(D. R. G.-M. No. 99003).



Vorzüge des Hobels:

Verstellbare Pockholzbrücke.

Kein Verstopfen und kein Einreißen mehr, spahnt von selbst aus.

